

Die Goetheschule in Graudenz zwischen den Weltkriegen: Schule der deutschen Minderheit in Polen und moderne Versuchsschule*

von Horst-Dieter Freiherr von Enzberg

Herrn Universitätsprofessor Dr. Klaus Meyer zum 65. Geburtstag

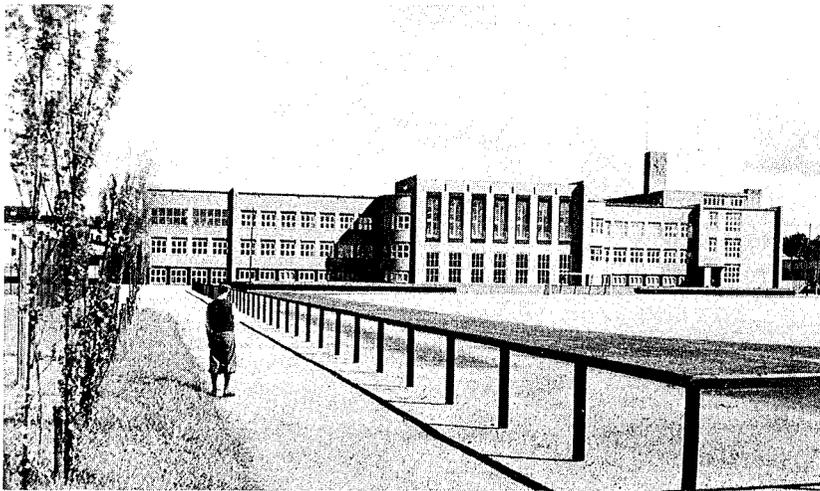
1. Was war die Goetheschule?

Mit der Schule, von der hier die Rede sein soll, hat es eine eigenartige Bewandnis. Obwohl sie kaum ein Vierteljahrhundert lang bestand, hat sie verschiedene Namen getragen und — unter völlig gegensätzlichen staatlichen Ordnungen — in zwei unterschiedlichen Rechtsformen existiert. Von 1920 bis 1939 war sie eine deutsche Privatschule (Privatgymnasium mit Vorschule bzw. Volksschule) in dem infolge des Versailler Vertrags an die Republik Polen abgetretenen Teil Westpreußens. „Goetheschule“ hieß sie erst seit dem Jahre 1932, als ihr Neubau eingeweiht und weltweit des 100. Todestages Goethes gedacht wurde. In den Jahren des Zweiten Weltkriegs behielt die Schule zwar ihren Namen, wurde aber als „Goethe-Oberschule“ verstaatlicht und von ihrer Volksschulabteilung getrennt; nun war sie nicht mehr die besondere Bildungseinrichtung einer nationalen Minderheit, sondern eine der zahllosen höheren Schulen des Großdeutschen Reiches und eine von mehreren Oberschulen, die im Reichsgau Danzig-Westpreußen „regermanisiert“ oder neu eröffnet wurden. Selbst unter den ehemaligen Schülern und Lehrern ist umstritten, inwiefern sich diese Periode noch mit der Zwischenkriegszeit unter dem Nenner *einer* Schulgeschichte zusammenschließen läßt und ob nicht die nationalsozialistische Herrschaft zur Perversion dessen führte, was die Goetheschule vor dem 1.9.1939 ausgezeichnet hatte. Hierzu sollen am Ende dieses Aufsatzes noch einige Worte gesagt werden. Aus naheliegen-

* Die nachfolgenden Ausführungen fußen auf meiner Dissertation „Die Goetheschule in Graudenz und das deutsch-polnische Verhältnis (1920–1945)“, die im Sommersemester 1992 vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin angenommen wurde. Das Projekt geht auf eine Initiative der Ehemaligengemeinschaft der Goetheschule zurück und ist finanziell zu großen Teilen aus Spenden ihrer Mitglieder gefördert worden. Als Doktorvater betreute die Arbeit Prof. Dr. Klaus Meyer, Berlin. Koordinierend, fachlich und finanziell ist sie vom Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg, begleitet worden. Die Druckfassung der Arbeit erscheint im Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk.

den thematischen Gründen konzentriert sich die Darstellung im übrigen auf die Jahre 1920–1939.

Auch diese Periode hat ihre Phasen und Einschnitte. 1932 ist, wir sahen es schon, ein wichtiges Datum der Schulgeschichte. Die Erinnerung an die Goetheschule ist an das Bild des Gebäudes geknüpft, das sie in jenem Jahr in Besitz nahm und das der architektonische Ausdruck ihres reformpädagogischen Programms war (s. Abb.). Die Schule hätte aber auf das angemessene Gehäuse leichter verzichten können als auf ihren langjährigen



Die Goetheschule in Graudenz (erbaut 1929–1932): Ansicht von Süden

Direktor Hans Hilgendorf (1891–1966), der dieses Programm, zugeschnitten auf ihre Eigenart und ihre besonderen Bedürfnisse, überhaupt erst formuliert und mit großer Tatkraft in die Praxis umgesetzt hat — eine Feststellung, die weder die Verdienste seiner Vorgänger noch die des von ihm geführten Lehrerkollegiums schmälern soll.

Hilgendorf leitete das Deutsche Privatgymnasium in Graudenz seit dem Sommer 1929 (und später auch die Goethe-Oberschule bis zum Kriegsende). Im selben Jahr erhielt der Ortsschulverein einen neuen Vorsitzenden, trat eine neue Haushaltsordnung in Kraft, wurde mit den Arbeiten für den Neubau begonnen; sämtliche Veränderungen — dies sei hier schon eingeflochten — geschahen unter maßgeblicher Einflußnahme der Hauptgeschäftsstelle des „Deutschen Schulvereins in Polen“ in Bromberg. Mit dem Jahre 1929 endet demnach die Gründungs- und Aufbauphase der Schule unter den Studienräten Walter Peters (1920/21), Kurt Müller

(1921/22) und Hans Rombusch (1922–1929). In den kargen Anfangsjahren hätte man allenfalls ironisch von einer „Versuchsschule“ sprechen können, und zu einem gewissen Grad von Modernität reifte die vom Schulträger äußerst bescheiden ausgestattete Anstalt erst nach recht deutlichen „Anregungen“ sowohl von seiten der schon erwähnten Zentralstelle in Bromberg als auch von seiten der staatlichen Schulbehörde (Schulkuratorium) in Thorn.

So schälen sich die Jahre 1929–1939 als „klassisches“ Jahrzehnt der hier betrachteten Schule heraus, auf das erst die doppelte Charakteristik im Titel dieses Aufsatzes zutrifft, wenn auch die politikgeschichtliche Zweiteilung des Zeitraums — in die Endphase der Weimarer Republik und die Vorkriegsjahre des „Dritten Reiches“ — ihrerseits wieder Einschränkungen nahelegt.

2. Das Milieu

Die an der unteren Weichsel gelegene Stadt Graudenz, eine Handels-, Verwaltungs-, Garnisons- und — seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts — Industriestadt mittlerer Größenordnung, wurde als Folge des Versailler Vertrags im Januar 1920 zusammen mit dem größten Teil der bisherigen Provinz Westpreußen an den wiedererstandenen polnischen Staat abgetreten. Da Danzig Freie Stadt wurde und Elbing beim Deutschen Reich blieb (jetzt zum Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen gehörig), war Graudenz nach Thorn, das zum Sitz der Wojewodschaftsverwaltung avancierte, die zweitgrößte Stadt der polnischen Wojewodschaft Pomorze (Pommerellen), die deutscherseits damals gemeinhin als „Korridor“ bezeichnet wurde. Graudenz war, wie selbst der polnische Stadtpräsident (Oberbürgermeister) der Zwischenkriegszeit unumwunden eingestanden hat, noch eine ausgeprägt deutsche Stadt, als es am 23. Januar 1920 „ordnungsgemäß“ und ohne nennenswerte Zwischenfälle an die Repräsentanten der neuen Staatsmacht übergeben wurde.¹

¹ Stadtpräsident Józef Włodek, zuvor Bürgermeister im masowischen Mława, äußerte in einem 1935 veröffentlichten Interview, bei seinem Eintreffen im Dezember 1919 habe Graudenz auf ihn den Eindruck einer großen, modernen, „leider völlig deutschen“ Stadt gemacht, da die polnische Sprache auf der Straße kaum zu hören gewesen sei. Grudziądz (w cyfrach) — wczoraj! dzisiaj! jutro? (...) Z okazji święta 15-lecia zarządu polskiego m. Grudziądza: 23.I.1920/1935, pod red. Albina Nowickiego (Graudenz in Zahlen — gestern! heute! morgen? (...)) Aus Anlaß der Feier des 15. Jahrestages der polnischen Verwaltung der Stadt Graudenz). Grudziądz 1935, S. 27.

In der Stadt, unter dem Deutschen Orden Sitz eines Komturs (1291 Verleihung des Stadtrechts nach der Kulmer Handfeste), hatte sich auch in den drei Jahrhunderten des „Königlichen (Polnischen) Preußen“ (1466–1772) ein deutsches, seit der Reformation evangelisches Bürgertum halten können, wenn auch in bescheidener Zahl. Bedingt durch die vornehmlichen Funktionen der Stadt wuchs in den 150 Jahren der preußischen Herrschaft, besonders seit dem Wiener Kongreß, vor allem der deutsche Teil der Einwohnerschaft, obwohl die rapide Zunahme der Bevölkerung im Industriezeitalter (1871: 14 000, 1885: 26 000, 1910: 40 000 Einwohner) gewiß auch auf die Zuwanderung polnischer Arbeitsuchender zurückzuführen ist. Jedenfalls gaben 1910 85% der Einwohner Deutsch als ihre Muttersprache an. Dementsprechend — und im Unterschied etwa zu Kulm, das lange Zeit als „heimliche Hauptstadt“ des westpreußischen Polentums gelten konnte, oder zu Thorn, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts Sitz der maßgeblichen kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen der polnischen Nationalbewegung in Westpreußen wurde² — machte die polnische Bevölkerung von Graudenz auch wenig von sich reden, wenn man von der demonstrativen Gründung der „Gazeta Grudziądzka“ (Graudenzler Zeitung) des Wiktor Kulerski im Jahre 1894 absieht.³

Man sollte allerdings weder die 15% Polnisch- und Zweisprachigen unter der Stadtbevölkerung übersehen — es gibt schon für die Zeit des Königlichen Preußen, aber auch für das frühe 19. Jahrhundert Hinweise auf die Existenz einer unterständischen polnischen Schicht in der Stadt bzw. in deren unmittelbarer Umgebung⁴ — noch die Tatsache außer acht lassen, daß die Nationalitätenverhältnisse in der Stadt Graudenz gegenüber der Lage im zugehörigen Landkreis und in Westpreußen insgesamt eine Ausnahmeerscheinung darstellten.⁵ Unter Berücksichtigung dieser

² Peter Böhning, Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen Nation. Marburg/Lahn 1973; auch Józef Borzyszkowski, *Inteligencja polska w Prusach Zachodnich 1848–1920* (Die polnische Intelligenz in Westpreußen 1848–1920). Gdańsk 1986.

³ Tadeusz Cieślak, „Gazeta Grudziądzka“ (1894–1918) — fenomen wydawniczy (Die „Gazeta Grudziądzka“ <1894–1918> — ein editorisches Phänomen), in: *Studia i Materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza* 3 (1957), H. 2, S. 175–188; ders., Wiktor Kulerski (20 III 1865 – 18 IX 1935), in: *Rocznik Grudziądzki* 3 (1963), S. 235–240.

⁴ Maximilian Grott, Die Entwicklung der Graudenzler Unterrichtsanstalten mit besonderer Berücksichtigung der Oberrealschule. Festschrift zur Einweihung des neuen Schulhauses. Graudenz 1901, S. 4 (nach G.B. Jacobi); Die Stadt und der Landkreis Graudenz. Aus sieben Jahrhunderten deutscher Geschichte, hrsg. im Auftrage der Heimatkreise Graudenz Stadt und Graudenz Land v. Dr. Nordewin von Diest-Koerber, Gerhart Meißner (u.a.). Osnabrück 1976, S. 408.

⁵ 1910 gaben von 1703474 Einwohnern der Provinz Westpreußen nur 1097943 (= 64,4%) Deutsch als ihre Muttersprache an. Im Landkreis Graudenz waren es

beiden Fakten muß man zu dem Urteil gelangen, daß die schulischen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung in Graudenz und Westpreußen unter preußisch-deutscher Herrschaft, insbesondere aber seit der Reichsgründung, nicht angemessen befriedigt worden sind, schon gar nicht im Sinne eines speziellen Minderheitsschulwesens. Diese Beobachtung sollte nicht mit dem Hinweis auf die fehlende rechtliche Verpflichtung oder mit dem Argument abgetan werden, daß ja auch die polnischen Kinder und Jugendlichen der Segnungen des deutschen Schulwesens teilhaftig wurden, denn abgesehen davon, daß im Hinblick auf die Polen in Preußen nicht als unbillige Forderung erscheinen kann, was die Deutschen in Polen nach 1919/20 ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nahmen, gibt es genügend Belege für die dürftigen Resultate eines nicht in der Muttersprache erteilten Unterrichts, vor allem Elementarunterrichts.⁶

Festzuhalten ist also zweierlei: Graudenz trug, als es 1920 polnisch wurde, nach seiner geschichtlichen Tradition, seiner Entwicklung unter preußischer Herrschaft und seinen aktuellen Bevölkerungsverhältnissen ganz überwiegend deutschen Charakter; nicht vergessen werden sollte auch, daß es nach der Gebietsabtretung kaum 15 km von der Reichsgrenze entfernt lag (von Ostpreußen aus gesehen). Auf der anderen Seite war es nicht eine beliebige deutsche Stadt in rein deutscher Umgebung, die da nur als Folge eines verlorenen Krieges an einen fremden Staat ausgeliefert worden wäre. Vielmehr verfügte die Graudenzener Geschichte auch über ein polnisches Erbe, und am höchsten Punkt deutscher Entfaltung, vor dem Ersten Weltkrieg, war der Prozentsatz polnischer Einwohner in der Stadt immer noch fast doppelt so hoch wie vor dem Zweiten Weltkrieg der Anteil der deutschen. Dieser Aspekt gewinnt noch an Bedeutung, wenn man ganz Westpreußen und vor allem dessen ländlichen Raum in den Blick nimmt; zudem ist auf den häufig übersehenen Umstand hinzuweisen, daß in jenem Gebiet, das schließlich aufgrund einer Kombination volkstumpspolitischer und territorialpolitischer Erwägungen Bestandteil

28 755 von 48 818 Einwohnern (58,8%), im Stadtkreis Graudenz hingegen 34 193 von 40 325 Einwohnern (84,7%). Die übrigen Einwohner nannten Polnisch, Kaschubisch oder eine andere Sprache oder bezeichneten sich als zweisprachig (Deutsch und eine andere Sprache). Gemeindelexikon. Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 und anderer amtlicher Quellen bearbeitet vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. H. 2: Regierungsbezirk Danzig. Berlin 1912, S. 50f.; dass., H. 3: Regierungsbezirk Marienwerder. Berlin 1912, S. 24 ff. u. 86 ff.

⁶ Michael Sauer, Die Entwicklung des Graudenzener allgemeinbildenden Schulwesens im 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur Geschichte Westpreußens 11 (1989), S. 107–144; auch Böhring, Bewegung (wie Anm. 2), S. 47 f.; Rudolf Korth, Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik der Ära Bülow. Würzburg 1963, S. 30 ff.

der Republik Polen wurde, die Nationalitätenstatistik für die polnische Seite noch wesentlich günstiger aussah, als sie es in den Grenzen der preußischen Provinz schon gewesen war.⁷

Die uns hier interessierende Schule diente demnach nicht einer auslandsdeutschen Bevölkerungsgruppe im landläufigen Sinne, sondern sie entstand aus den Bedürfnissen von Deutschen, die durch eine veränderte Grenzziehung und den Wechsel der Staatshoheit unversehens aus Bürgern des Deutschen Reiches und des preußischen Staates zu Ausländern wurden bzw. sich vor die schwerwiegende Frage gestellt sahen, ob sie, um bleiben zu können, die neue, fremde Staatsangehörigkeit annehmen oder aber die deutsche behalten sollten, wobei die zweite Entscheidung in der Regel die Abwanderung oder Ausweisung nach sich zog.

Es blieb vornehmlich, wer durch Besitz an die Heimat gebunden war; dies galt für das städtische Bürgertum ebenso wie für die ländlichen Grundbesitzer. In diesen beiden Gesellschaftsschichten — anfangs vor allem bei der ersten — hatte das Deutsche Privatgymnasium in Graudenz im wesentlichen seine Klientel. 1928/29 waren die Eltern von 45% der Schüler in Handel, Handwerk und Gewerbe tätig, 35% lebten von der Landwirtschaft, wobei neben Bauern eine größere Zahl von Gutsbesitzern, auch Großgrundbesitzern, anzunehmen ist.⁸ Eine ansonsten typische Rekrutierungsbasis des höheren Schulwesens, die Beamtenschaft (einschließlich des Offizierskorps), fehlte infolge des Wechsels der Staatshoheit fast völlig, wohingegen ärmere, z.T. zur Polonisierung neigende Schichten zumal des ländlichen Deutschtums erst „entdeckt“ wurden, als die politischen Bedingungen dazu zwangen, die dem Gymnasium angegliederte Vorschule in eine vollgültige Volksschule umzuwandeln.

⁷ Roman Lutman, *Emigracja Niemców z Pomorza w okresie powojennym* (Die Abwanderung der Deutschen aus Pommerellen in der Nachkriegszeit), in: *Stan posiadania ziemi na Pomorzu. Zagadnienia historyczne i prawne. Protokół obrad oraz referaty naukowe, wygłoszone na III Naukowym Zjeździe Pomorzoznawczym, odbyłym dnia 31 października 1932 roku w Poznaniu* (Der Stand des Grundbesitzes in Pommerellen. Historische und rechtliche Probleme. Protokoll der Beratungen und der wissenschaftlichen Vorträge, gehalten auf der 3. wissenschaftlichen Tagung für Pommerellenkunde am 31. Oktober 1932 in Posen). Toruń 1933, S. 172–184, bes. S. 174 (Pamiętnik Instytutu Bałtyckiego. 11.). Danach lebten in dem Teil Westpreußens, der 1920 zu Polen kam, nach der Volkszählung von 1910 nur etwa 420 000 Deutsche.

⁸ Nach einer von Schulleiter Rombusch zusammengestellten Übersicht. Bundesarchiv Koblenz (BA), R 57 neu, 1098–19.

3. Die Gründungs- und Aufbauphase 1920–1929

Die Anfangsjahre des Deutschen Privatgymnasiums in Graudenz bieten Anlaß zu manch überraschender Beobachtung, die dem tradierten Bild von jener Zeit widerspricht. Während die polnische Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung Westpreußens und Posens gemeinhin unter das Schlagwort der „Entdeutschung“ gestellt wird,⁹ finden sich im Umkreis unserer Schule kaum diesbezügliche Klagen; und während eine Sejmkommission 1920 den Unmut der polnischen und kaschubischen Einwohner Pommerellens über negative, z.T. skandalöse Begleiterscheinungen der Gebietsübernahme deutlich artikulierte,¹⁰ richteten zwei der ersten drei Schulleiter (Peters und Rombusch) — auch noch nach Ablauf mehrerer Jahre und aus „sicherer“ Entfernung — Kritik und Protest weit mehr an die deutsche als an die polnische Adresse.¹¹

Gewiß ist als Hintergrund im Auge zu behalten, daß die Gebietsabtretung ein deutscherseits grundsätzlich unerwünschter Vorgang war, der dann auch, indem er die Deutschen aus Angehörigen der herrschenden Mehrheit in eine unterlegene Minderheit verwandelte, eine Reihe unliebsamer Entwicklungen nach sich zog. Doch schon die Übernahme der öffentlichen Schulen durch den polnischen Staat, gelegentlich als „Austreibung“ der deutschen Schüler und Lehrer aus ihren angestammten Anstalten bezeichnet,¹² verlief in einer durchaus differenziert zu betrachtenden Weise. Jedenfalls am Graudenzer Beispiel fällt auf, daß es eine

⁹ Vgl. Hermann Rauschning, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik*. Berlin 1930. Jetzt im Nachdruck hrsg. und mit einem vorzüglichen Überblick über die einschlägige Literatur versehen von Wolfgang Kessler, *Die Abwanderung der Deutschen aus Westpreußen und Posen nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1929*. Essen 1988.

¹⁰ *Sejm Rzeczypospolitej o Pomorzu w 1920 roku. Sprawozdanie Komisji Pomorskiej* (Der Sejm der Republik Polen über Pommerellen im Jahre 1920. Der Bericht der Kommission für Pommerellen). Bearbeitung, Einführung und Erläuterungen v. Józef Borzyszkowski u. Przemysław Hauser. Gdańsk 1985.

¹¹ Siehe unten, Anm. 17.

¹² Vgl. mehrere nach 1939 erschienene Veröffentlichungen des Leiters der Hauptgeschäftsstelle des „Deutschen Schulvereins in Polen“, Otto Schönbeck: *Bauten des Deutschen Schulvereins im ehemaligen Polen*, Sonderdruck aus: *Zentralblatt der Bauverwaltung* vereinigt mit *Zeitschrift für Bauwesen* 60 (1940), H. 6, S. 27 und H. 32, Vorwort [unpag.]; ders., *Vom Schulen-Bauen in Polen. Erinnerungen an die Bautätigkeit des deutschen Schulvereins*, in: *Deutsche Schulzeitung in Polen* 19 (1940), Nr. 12 (Schlußnummer), S. 196–199; ders., *Dennoch. Erinnerungsheft für die deutschen Lehrer in Polen 1919/1939*. Bromberg 1940, S. 24.

recht lange Übergangszeit gegeben hat, die die Auffassung von einem radikalen „Schnitt“ (in zeitlicher Hinsicht) zwischen deutschem und polnischem Schulwesen und von der strikten organisatorischen Abgrenzung zwischen den Schulen der neuen Staatsnation und denen der Minderheit nicht bestätigt.

Graudenz verfügte seit der Jahrhundertwende über drei höhere Schulen — Gymnasium, Oberrealschule und Oberlyzeum —, an denen der Unterricht ausschließlich in deutscher Sprache erteilt wurde (es gab Polnisch auch nicht als Fach), und die bis Anfang 1920 auch fast nur von deutschen Schülern besucht wurden. Zwar ist — wie in zahlreichen anderen Städten des abgetretenen Gebiets auch — kurz vor der Gebietsabtretung ein „Deutscher Schulverein“ gegründet worden, doch brauchte dieser in den ersten Monaten noch nicht tätig zu werden, da den deutschen Oberschülern an ihren bisherigen Schulen ein deutscher Unterricht erhalten blieb.¹³ Eine rechtliche Handhabe gab es aufgrund des deutsch-polnischen Beamtenabkommens vom 9.11.1919 nur für die Entlassung deutscher Lehrkräfte, für die der polnische Staat keine Verwendung zu haben meinte, die sich politisch — etwa im Sinne des Deutschen Ostmarkenvereins — unerwünscht exponiert hatten, oder die den polnischen Dienstverweigeren. Doch muß festgestellt werden, daß — wie gerade auch die Studienräte Peters und Rombusch bezeugen — eine große Zahl von Lehrern freiwillig abgewandert ist, als der staatliche Hoheitswechsel Realität wurde. So erscheint es nicht ganz zufällig, daß an der Schule, deren Lehrerkollegium den deutlichsten Beweis einer durchaus fragwürdigen „patriotischen“ Gesinnung gegeben hatte, am Staatlichen (einst Königlichen, nun „Klassischen“) Gymnasium, im Schuljahr 1920/21 mit dem Abbau der deutschen Klassen begonnen wurde, indem keine neue Sexta mit deutscher Unterrichtssprache eingerichtet wurde.¹⁴

¹³ Arnold Kriedte, Der „Deutsche Schulverein in Grudziądz“, in: Festschrift zur Einweihung des neuen Hauses der Goetheschule [= I. Jahrbuch]. o.O.o.J. [Grudziądz 1932], S. 85f. Auch in Berlin war man über die Entwicklung gut unterrichtet. Ende Juni 1920 erklärten der Allgemeine Deutsche Schulausschuß (ADS) und der Deutsche Schulverein in Polen (DSV), beide mit Sitz in Bromberg, in ihrem „Fürsorge- und Haushaltsplan“ für das Schuljahr 1920/21 gegenüber dem interfraktionellen Ostauschuß: „In Graudenz besteht ein deutscher Schulverein, der bisher noch keine höhere Schule ins Leben zu rufen brauchte, da die öffentlichen Schulen noch die deutsche Unterrichtssprache beibehalten haben. Es wird aber zweifelsohne die baldige Polonisierung der Anstalt erfolgen und die Gründung einer höheren Privatschule für Graudenz notwendig werden.“ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IFZ), MA 195/2, Bd. 1064, Bl. 486.

¹⁴ Nach dem Brief von Schulleiter Peters an seinen Nachfolger Rombusch (s. Anm. 17) richtete die Lehrerschaft des Graudenzers Gymnasiums kurz vor der Übergabe der Stadt an Polen folgendes Telegramm an den preußischen Kultusminister: „Lehrerkol-

Dies gab dem „Deutschen Schulverein in Graudenz“ Veranlassung zur Gründung einer Privatschule, die zwar schon in ihrem ersten Schuljahr stolz „Deutsches Privat-Realgymnasium“ genannt wurde, tatsächlich aber zunächst nur aus der einen Anfangsklasse mit Latein als erster Fremdsprache bestand, die am Klassischen Gymnasium nicht mehr zustande gekommen war. Und wie zur Illustration der Vielfalt der Entwicklung war das erste Domizil des Privatgymnasiums ein Klassenzimmer in der bislang von der Stadt unterhaltenen Oberrealschule, die eben in „Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium“ umbenannt und bald darauf verstaatlicht wurde. Die Schule verfügte neben im Aufbau befindlichen polnischen Klassen noch über einen vollständigen deutschen Parallelzug. Neben der „privaten“ deutschen Sexta von etwa 30 Schülern saß also unter demselben Dach eine „staatliche“, zahlenmäßig eher noch stärkere deutsche Anfangsklasse! Zwar bezog die Privatschule im folgenden Schuljahr eigene, allerdings immer noch sehr provisorische Räumlichkeiten,¹⁵ doch blieb im ersten Jahrzehnt der polnischen Herrschaft ein z.T. osmotisches, zumindest aber komplementäres Verhältnis zwischen dem Klasse um Klasse wachsenden Privatgymnasium und den deutschen Parallelklassen an den formell „polonisierten“ öffentlichen Gymnasien bestehen. Dies ging so weit, daß 1926, als die Schulbehörde unter Hinweis auf die unzulängliche Ausstattung des Privatgymnasiums dessen weiteren Aufbau untersagte, die Schüler der siebten Klasse auf das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium überwechseln durften, wo sie zwei Jahre später das Abitur ablegen konnten. Deutsche Lehrkräfte, die die deutschen Klassen an den Staatsgymnasien betreuten, erteilten auch Unterricht an der Privatschule und traten nach und nach ganz in deren Dienste über. Fast unglaublich erscheint es, daß Hans Rombusch, nachdem er im Januar 1922 auf Vorschlag seines Vorgesetzten, des (polnischen) Direktors des

legium des Gymnasiums Graudenz bittet um genaue Klarstellung folgender Worte der Versetzungsverfügung: ‚Der Versetzte hat so lange an der bisherigen Dienststelle zu verbleiben, bis dies unmöglich gemacht wird.‘ Wir halten uns durchaus für berechtigt, gleichzeitig mit den deutschen Truppen Graudenz zu verlassen, da wir sonst für unsere Person und Habe stärkste Gefahr befürchten.“

¹⁵ Im Sommer 1921 mietete der Schulverein von der evangelischen Kirche das ehemalige Pfarrhaus (zuletzt wohl Küsterhaus) in der Pohlmannstraße (ul. Mickiewicza) 15 an. Als dem Privatgymnasium zu Beginn des Schuljahrs 1922/23 zwei private Vorschulen angegliedert wurden, wurden die Vorschulklassen im „Pfarrhaus“ untergebracht, während für die Gymnasialklassen das im Besitz des Evangelischen Frauenvereins befindliche ehemalige Lupusheim in der Oberen Bergstraße (ul. Nadgórna) 15 gemietet wurde, ein Hinterhofgebäude, das zuletzt einer privaten Hautklinik gedient hatte. Bis zur Fertigstellung des Klassenflügels des Neubaus an der Jahreswende 1930/31 blieb es — abgesehen von einigen Renovierungen und Erweiterungen — bei diesem Zustand.

Klassischen Gymnasiums, vom Schulkuratorium zum Leiter des Deutschen Privatgymnasiums bestimmt (!) worden war, noch anderthalb Jahre lang hauptamtlich im Staatsdienst tätig blieb.¹⁶

Hieran schließt die Beobachtung an, daß das vorherrschende Konfliktverhältnis in den ersten neun Jahren der Graudenzer Privatschule nicht, wie man erwarten könnte, das zwischen Schule und Schulbehörde, also zwischen der deutschen und der polnischen Seite, gewesen ist, sondern das Verhältnis zwischen Schulleitung und Lehrerschaft auf der einen, Schulverein und Elternschaft auf der anderen Seite. In dieser Hinsicht beziehen die brieflichen Mitteilungen, die Walter Peters nach seiner Ausweisung aus Polen im hessischen Dillenburg niederschrieb, ebenso unmißverständlich Stellung wie die für den „Deutschen Schulverein in Polen“ bestimmten Aufzeichnungen Hans Rombuschs von 1929 und dessen Beitrag zur Ost-Dokumentation des Bundesarchivs nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁷ Die Gründe für die mit den Jahren eher zunehmenden Spannungen lagen vornehmlich im Selbstverständnis des Ortsschulvereins als des verantwortlichen Schulträgers, das sich sowohl in einer sehr kaufmännischen Betrachtungsweise der mit der Schulunterhaltung verbundenen Personal- und Sachkosten als auch in pädagogisch inakzeptablen Eingriffen in Disziplinar- und Unterrichtsangelegenheiten äußerte; doch boten zweifellos auch Unzulänglichkeiten des Lehrkörpers (einschließlich des Schulleiters) Anlaß zur Kritik.

Demgegenüber überwiegt, was die staatliche Schulbehörde betrifft, zunächst der Eindruck des Gewährenlassens, in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zumindest der einer bei aller bürokratischen Strenge konzilianter, jedenfalls rational nachvollziehbarer Haltung. Zwar entstanden der Schule mancherlei Schwierigkeiten etwa durch die Anforderungen, die an die Anerkennung der Examina und die polnischen Sprachkenntnisse der Lehrer gestellt wurden, doch erschienen diese auf ein bestimmtes Qualifikationsniveau zielenden Forderungen grundsätzlich nicht als unbillig; ja, die immer nachdrücklicher werdenden Vorhaltungen der

¹⁶ Vgl. Darstellung des Vorgangs in Rombuschs Schulchronik (s. Anm. 17), bes. Bl. 12f. u. 21.

¹⁷ Vor und nach seinem Rücktritt vom Amt des Schulleiters im Sommer 1929 stellte Rombusch auf Veranlassung der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Schulvereins in Polen eine Übersicht über die Entwicklung der Schule von 1920 bis 1929 zusammen (Archiwum Państwowe w Bydgoszczy (Staatsarchiv Bromberg) (APB), Nr. 391, Sign. 322/1, Bl. 1–90). Einen Brief seines Vorgängers Peters, in dem dieser die Jahre des Umbruchs 1920/21 schilderte, fügte er seiner eigenen Darstellung ein (ebenda, Bl. 1–12). Rombuschs späterer Bericht über seine Graudenzer Zeit: BA, Ost-Dok. 8/13; über seine Bromberger Jahre ab Herbst 1929: ebenda, Ost-Dok. 8/285.

Schulaufsichtsbeamten (Visitatoren) wegen der unzulänglichen Unterbringung und Ausstattung des Privatgymnasiums betrachtete die Schulleitung als willkommene Schützenhilfe in den Verhandlungen mit dem Schulverein.

So scheinen in der Aufbauphase der Schule im Verhältnis zur Behörde bzw. — allgemeiner gesprochen — zur „polnischen Seite“ nur zwei Sachverhalte wirklich problematisch gewesen zu sein: zum einen die Rolle der Polonisten, der Lehrer der polnischen Sprache, die auf Drängen des Schulkuratoriums angestellt wurden und bei denen es sich nach dem damaligen Ausbildungsstand nur um ethnische Polen handeln konnte; ihnen war zgedacht, als Propagandisten der polnischen Sache zu wirken und zugleich — wenn auch in unterschiedlicher Intensität — als Berichterstatter für die Behörde zu fungieren.¹⁸ Befremden konnte auch der rigide Modus der Reifeprüfung hervorrufen, die im Sommer 1929 erstmals am Deutschen Privatgymnasium in Graudenz abgenommen werden konnte. Für die mündliche Prüfung von ganzen 15 Kandidaten wurden fünf Tage benötigt, weil jeder Prüfling in acht Fächern jeweils 15–20 Minuten lang (gelegentlich auch länger) examiniert wurde. Es konnte — auch wenn das Vorgehen im Vergleich mit der an den Staatsgymnasien üblichen Praxis nicht als bewußte Schikane interpretiert werden muß¹⁹ — keine pädagogische Rechtfertigung dafür geben, wenn an einzelnen Tagen von 9 bis 22 Uhr oder sogar bis nach Mitternacht geprüft wurde. Unter diesen Umständen konnte Schulleiter Rombusch noch recht zufrieden damit sein, daß zwei Drittel der Kandidaten bestanden; ihm bestätigte das

¹⁸ Vgl. dazu die auch sonst aufschlußreichen Erinnerungen des Schulkurators Michał Pollak, *Wspomnienia Kuratora Okręgu Szkolnego Pomorskiego* (III 1931 – IX 1932) (Erinnerungen des Kurators des Schulbezirks Pommerellen 1931/32), in: *Studia* (wie Anm. 3) 6 (1960), H. 2, S. 333–376, hier S. 351.

¹⁹ Der Umfang vor allem der mündlichen Reifeprüfung hing ab vom rechtlichen Status der Anstalt, deren Absolventen geprüft wurden: Die „einfachste“ Form des Abiturs wurde an Anstalten abgenommen, die die vollen Rechte staatlicher Schulen besaßen, während die Absolventen von Schulen ohne dieses sog. Öffentlichkeitsrecht wie Externe (Extraneer) behandelt und einem sehr strengen Examen vor fremder Kommission unterzogen wurden. Hierin lag natürlich, wenn der Staat mit der Erteilung des Öffentlichkeitsrechts an Privatschulen der Minderheiten geizte, die Möglichkeit der Diskriminierung. Auf der anderen Seite ist aber offenbar auch an den polnischen Staatsgymnasien während des Abiturs ein solcher Druck ausgeübt worden, daß sich angesichts einer wachsenden Zahl von Suiziden von Reifeprüfungskandidaten Kultusminister Czerwiński genötigt sah, in einem Erlaß vom 25.4.1931 (Nr. II–9333/31) die Vorsitzenden und Mitglieder der Staatlichen Prüfungskommissionen zum „richtigen Verhalten gegenüber der Jugend, die in die Reifeprüfungen geht“ zu ermahnen. *Archiwum Akt Nowych w Warszawie* (Archiv Neuer Akten) (AAN), MWRiOP, Sign. 168, S. 128–130.

Ergebnis, „daß das gewagte Experiment des Aufbaus der Schule unter schwierigsten Verhältnissen“ gelungen sei.²⁰

Im Laufe der zwanziger Jahre wuchs auch der Einfluß der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Schulvereins in Polen auf die Geschehnisse des Graudenzener Privatgymnasiums. Die Lehrergehälter konnten nur bezahlt, bauliche Maßnahmen nur durchgeführt, Unterrichts- und Einrichtungsgegenstände nur angeschafft werden, wenn die Schule in zunehmendem Maße von der Hauptgeschäftsstelle finanziell unterstützt wurde; zudem konnte sich diese als entscheidende Disziplinarinstanz in Erinnerung bringen, da sie häufig als Schlichter in den Auseinandersetzungen zwischen Schule und Ortsschulverein in Anspruch genommen wurde. Daß der Zentralschulverein in Bromberg weniger Dachverband formell selbständiger Privatschulen als vielmehr Außenposten Berlins mit Behördencharakter war, ahnten wohl viele; doch dürften Name und Aufgabe der „Deutschen Stiftung“, der maßgeblichen, im Grunde staatlichen Institution zur Unterstützung des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten, wohl nur einem kleinen Kreis Eingeweihter bekannt gewesen sein.²¹

Die frühen Jahre der Graudenzener Schule waren nicht nur von materieller Kargheit und internen Konflikten geprägt; zwar wäre die Schule, hätte sie nur bis 1929 bestanden oder über dieses Datum hinaus in den bisherigen Formen fortexistiert, nur von geringem historischen Interesse, aber auch in der Aufbauphase wurden Dinge vorbereitet, die im späteren, bedeutungsvolleren Abschnitt der Schulgeschichte fruchtbar werden sollten. So ist hervorzuheben, wie engagiert sich viele Lehrkräfte — den widrigen Umständen zum Trotz — um die Rezeption der Reformpädagogik und der preußischen Schulreform bemühten und insbesondere den Gedanken des Arbeitsunterrichts in die Praxis umzusetzen versuchten.

4. „Eine ‚nationale Minderheitsschule‘ mit dem Charakter einer modernen Versuchsschule“

Die Mehrzahl der in Graudenz und seiner Umgebung tätigen deutschen Lehrer — auch der im Staatsdienst stehenden — war in den zwanziger Jahren im „Landesverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen“

²⁰ Schulchronik Rombusch 1929 (wie Anm. 17), Bl. 19.

²¹ Zur „Deutschen Stiftung“ grundlegend Norbert Krekeler, *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik in der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933*. Stuttgart 1973; insbesondere zum „Deutschen Schulverein in Polen“ auch Schönbeck, *Dennoch* (wie Anm. 12).

organisiert.²² Der im Juli 1920 in Bromberg gegründete Verband umfaßte Lehrkräfte aller Schularten und erstreckte sich mit seinen Bezirksvereinen nach und nach auf ganz Polen; 1928 gehörten ihm etwa 1 500 Mitglieder an. Unzweifelhaft war die wichtigste Aufgabe des Verbandes die Pflege des nationalen Zusammenhalts. So beschloß etwa die fünfte Bundestagung in Posen 1926: „An deutschen Schulen dürfen nur Lehrer arbeiten, die in Volksverbundenheit stehen mit ihren Stammesbrüdern.“²³ Daß man sich in diesem Zusammenhang rege über die pädagogischen und schulpolitischen Tendenzen im Deutschen Reich informierte, um in enger Verbindung mit dem Mutterland zu bleiben, kann nicht verwundern. Es muß aber erstaunen, mit welchem Nachdruck und mit welchem Enthusiasmus gerade die progressivsten Ansätze rezipiert worden sind. Im „Ersten Jahrbuch deutscher Lehrer in Polen“, das 1923 erschien, war etwa ein Viertel des Umfangs dem Thema „Neue Erziehung“ gewidmet; dabei gehörte die Mehrzahl der reichsdeutschen Autoren (Oestreich, Kawerau, Hilker, Mies, Zschech) dem „Bund Entschiedener Schulreformer“ an! Der Herausgeber, Willi Damaschke, bekannte: „Auch uns ist wie den Entschiedenen Schulreformern ‚Politik‘ liebende Einordnung in das Ganze und darum wollen wir wie sie einen Geschichtsunterricht im Geiste der Besonnenheit, eine Erziehung zum freien sozialen Volksstaat und zum völkerumspannenden Gemeinsinn. Auch uns ist wie ihnen ‚Deutschtum‘ nicht etwas Naturwissenschaftliches, Rassenhaftes, Machtpolitisches, sondern rein Seelisches — Durchgang zum Menschentum!“²⁴

Hatte das erste Jahrbuch Grundsatzartikel gebracht, so wollte das zweite „Jahrbuch deutscher Lehrer in Polen“ (1928) unter der Rubrik „Neue deutsche Schulen“ über praktische Erfahrungen informieren. So berichteten u.a. Paul Geheeb über die Odenwaldschule, Willy Steiger über die Hellerauer, Georg Schwenzer über die Dresdner Versuchsschule, Dr. Fritz Karsen über die Aufbauschule in Berlin-Neukölln. Mit Rücksicht auf den Umfang des Jahrbuchs hatten weitere Aufsätze über „Lietz und das deutsche Landerziehungsheim“ und über Versuchsschulen in

²² Vgl. Erstes Jahrbuch deutscher Lehrer in Polen, im Auftrage des Landesverbandes deutscher Lehrer u. Lehrerinnen in Polen hrsg. von Willi Damaschke. Bydgoszcz 1923, S. 32; Jahrbuch deutscher Lehrer in Polen. (...) hrsg. v. Willi Damaschke. Bydgoszcz 1928, S. 50 ff.; s. auch die Chronik: Aus der Geschichte des Landesverbandes. Zusammengestellt von E. Urban, in: Deutsche Schulzeitung (wie Anm. 12), S. 174–178; zur Tätigkeit des Zweigvereins Graudenz: APB, Bestand „Landesverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen“, Sign. 13.

²³ Jahrbuch 1928 (wie Anm. 22), S. 16.

²⁴ Erstes Jahrbuch (wie Anm. 22), S. 7. Etwas zu unkritisch: Richard Breyer, Willi Damaschke — Leben und Werk. Volksschulmann — Volksbühnenmann — Volksbildungsmann, in: Westpreußen-Jahrbuch 37 (1987), S. 73–82.

Chemnitz und Hamburg sowie ein zusammenfassender Bericht Karsens über „Werden und Sein der deutschen Versuchsschulen“ nicht aufgenommen werden können.

An den Überblick über die vielfältigen rezeptiven Bemühungen beider von ihm herausgegebener Jahrbücher (wie auch der „Deutschen Schulzeitung in Polen“ und der Vereinssitzungen des Lehrerverbandes) schloß nun Damaschke den bemerkenswerten Wunsch an: „Hoffentlich kommen auch wir bald zu einer deutschen Versuchsschule in Polen, die insonderheit den eigenartigen Aufgaben und Problemen der ‚nationalen Minderheitsschule‘ nachgeht. (...) Eine ‚nationale Minderheitsschule‘ mit dem Charakter einer modernen Versuchsschule fehlt leider noch immer in der ‚neueuropäischen Erziehungsbewegung‘. Und doch gehören 30 Millionen in Europa nationalen Minderheiten an! Wann wird die Zeit kommen, wo sie nicht mehr die ‚Parias‘ der muttersprachlichen Bildung sind?“²⁵

Wenn Damaschke von einer Minderheitsschule mit dem Charakter einer modernen Versuchsschule sprach, meinte er zunächst wohl eine Schule, die nicht wegen ihrer besonderen Lage zu einem pädagogisch-bildungspolitischen Schatten- oder „Paria“-Dasein verurteilt war, sondern sich auf hohem Niveau und dem neuesten Stand befand. Dies verlangte, auch die Schulen der nationalen Minderheiten nicht als bloße Reservate der Identitätsbewahrung zu erhalten, sondern sie im Sinne der Reformpädagogik umzugestalten. Zugleich aber hatte sich das experimentelle Bemühen auf die „eigenartigen Aufgaben und Probleme der ‚nationalen Minderheitsschule‘“ selbst zu richten. Hier war die Grundfrage, wie die Ansprüche der Minderheit und der Mehrheit, die Kultivierung der Besonderheit und die Respektierung der Allgemeinheit miteinander zu vereinbaren seien. Es will, auch wenn eine Beziehung *expressis verbis* nicht nachweisbar ist, scheinen, als sei kaum eine andere deutsche Schule in Polen der Verwirklichung von Damaschkes programmatischer Forderung — in ihrem doppelten Sinn — so nahe gekommen wie das Deutsche Privatgymnasium in Graudenz in den Jahren 1929–1939.

5. Das Schlüsseljahr 1929

An der Jahreswende 1928/29 verdichtete sich offenbar bei den für das Schicksal der Graudenzener Privatschule Verantwortlichen — auch denen in

²⁵ Jahrbuch 1928 (wie Anm. 22), Vorwort.

Bromberg und Berlin — der Eindruck: „So geht es nicht mehr weiter.“ Der Ortsschulverein vermochte kaum noch die Hälfte der mit der Schulunterhaltung verbundenen Kosten aufzubringen, verließ sich aber darauf, daß der Deutsche Schulverein in Polen mit den ihm aus dem Reich zufließenden Mitteln das Defizit decken werde. Lenkende Vorgaben aus Bromberg — auch schulpolitischer Art — wies der Vereinsvorsitzende, Kaufmann Richard Hein, ein integrierender, aber unbeweglicher und reizbarer Mann, zurück; dem souveränen Leiter der Hauptgeschäftsstelle, Dr. Otto Schönbeck, war es kaum noch möglich, mit ihm zu verkehren. Auch das Verhältnis der Lehrerschaft und des Schulleiters zu Hein stand nicht selten am Rande des „Abbruchs der Beziehungen“. Doch auch Direktor Rombusch fehlte es an der notwendigen Autorität: einmal fungierte er als Sprecher der Lehrerschaft gegenüber dem Schulträger, ein anderes Mal sah er sich durch deren „kollegiale“ Opposition bloßgestellt. In der deutschen Bevölkerung genossen Kollegium und Schulleitung keinen sehr guten Ruf.

In dieser angespannten Situation war der dringend erforderliche Schulneubau zu planen. Ebenso eigensinnig wie dilettantisch gingen Lehrerschaft und Schulverein daran, ortsansässige Bau- und Maurermeister mit Entwürfen zu beauftragen; Bromberg wurde zunächst an den Planungen kaum beteiligt, obwohl von dort — wiederum mit großer Selbstverständlichkeit — der Löwenanteil der Baukosten erwartet wurde. Dies rief Dr. Schönbeck auf den Plan. Offenbar von der Deutschen Stiftung unterstützt, bewog er den heimlichen Führer des Graudener Deutschtums, den Buchhändler Arnold Kriedte, dazu, für die Zeit der Bauarbeiten selbst den Schulvereinsvorsitz zu übernehmen. Hein wurde nahegelegt, krankheitshalber auf sein Amt zu verzichten. Auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Schulvereins in Graudenz am 17.4.1929 wurde Kriedte zum Vorsitzenden gewählt. Bereits einige Tage zuvor ließ Schönbeck ihm „Vorschläge über die Neuordnung der Finanzen“ zukommen; ausdrücklich betonte er, es sei nicht gut, „wenn diese Dinge in der Mitgliederversammlung besprochen oder auch nur berührt“ würden.²⁶

Nicht zuletzt mit Blick auf die strengen Berliner Rechnungsprüfer wollte Schönbeck „zu einem festen Haushaltsplan kommen, so daß der örtliche Schulverein lediglich noch die Verpflichtung hätte, eine bestimmte Summe an Schulgeldern jährlich aufzubringen, während wir von uns aus die gesamten übrigen Verwaltungskosten übernehmen, also alles, was mit

²⁶ Schönbeck an Kriedte, 10.4.1929. APB, Nr. 391, Sign. 322/1, Bl. 183.

Gehältern und Schulbetrieb zusammenhängt“.²⁷ Was hier als Entlastung schmackhaft gemacht wurde, bedeutete für den Ortsschulverein auch einen Verlust an Autonomie. In einer außerordentlich bemerkenswerten Formulierung verglich Schönbeck die deutsche Privatschule — und sicher nicht nur die in Graudenz — mit einer Anstalt in kommunaler Trägerschaft, wie es sie zu „preußischer“ Zeit gegeben hatte; danach übernahm der Ortsschulverein die Rolle der Stadtverwaltung (Schuldeputation), die Hauptgeschäftsstelle die „der früheren staatlichen Schulaufsichtsbehörde“.²⁸

Damit erwies sich das deutsche *Privatschulwesen* in Pommerellen und Posen etwa zehn Jahre nach seinem Entstehen als Fiktion: Schon die kommunalen Schulträger des 19. Jahrhunderts, denen immerhin reguläre Steuereinnahmen zur Verfügung standen, waren nicht in der Lage gewesen, ein weiterführendes Bildungswesen aus eigenen Kräften zu unterhalten; wie sollten es dann Schulvereine sein, denen fast nur die interessierten Eltern angehörten, die neben den Schulgeldabgaben noch die „normale“ Steuerlast drückte? Eine paradoxe Schlußfolgerung drängt sich auf: Die polnischen Behörden wollten ein auf öffentlich-rechtlicher Grundlage arbeitendes, öffentliche Mittel autonom verwaltendes Minderheitsschulwesen innerhalb des polnischen Staates nicht zulassen. Indirekt förderten sie damit, daß zumindest der private Sektor des deutschen Schulwesens mehr und mehr öffentlich-rechtlichen Charakter erhielt — allerdings handelte es sich hierbei um deutsches Recht und um deutsche Verwaltungsstrukturen. Der polnischen Schulverwaltung blieb nur übrig, in Konkurrenz mit dieser anderen „Schulbehörde“ ihr übergeordnetes Aufsichtsrecht in Erinnerung zu bringen.²⁹

²⁷ Schönbeck an Kriedte, 9.2.1929. Ebenda, Bl. 213 f. Zum Zusammenhang s. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (GStA), Rep. 151/313 (Geschäftsverkehr der Deutschen Stiftung Berlin mit den Deutschturnorganisationen 1928/29).

²⁸ Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Schulvereins in Polen an Deutschen Schulverein in Graudenz, 12.4.1929 (Nr. 854/29). APB, Nr. 391, Sign. 322/8.

²⁹ Bemerkenswerterweise gesteht der bereits in Anm. 18 zit. Kurator Pollak in seinen Erinnerungen (hier S. 366) ein, auch das polnische Gymnasium in Danzig, das offiziell von einem Schulverein (Macierz Szkolna) unterhalten wurde, sei „in Wahrheit im Laufe der Zeit zu einer verkappten polnischen Staatsschule geworden“. Die Mittel zur Unterhaltung des Gymnasiums seien in wachsendem Maße aus dem polnischen Staatshaushalt gekommen. — Zu dieser Praxis hätte man sich ja durchaus im Rahmen einer Vereinbarung auf Gegenseitigkeit bekennen können — wenn schon die „Privatheit“ eines einigermaßen entwickelten Minderheitsschulwesens Fiktion ist, zahlt ein Staat für die Konnationalen im Ausland lieber als für die andersnationalen Minderheiten im eigenen Land. Dies ließen die auch sonst durch Nichtanerkennung von Realitäten gekennzeichneten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich bzw. der Freien Stadt Danzig und Polen aber offenbar nicht zu.

Auf unmittelbares Eingreifen der Deutschen Stiftung scheint es zurückzugehen, daß kein einheimischer Architekt den Auftrag erhielt, den Neubau des Deutschen Privatgymnasiums in Graudenz zu planen, sondern daß im Frühjahr 1929 der Danziger Regierungsbaurat Albert Krüger mit dieser Aufgabe betraut wurde. Krüger (geb. 1886 in Biere bei Magdeburg, gest. 1971 in Kassel) war seit dem zweiten Jahrfünft des 20. Jahrhunderts in der Bauverwaltung der Stadt Danzig tätig; 1929 befand er sich auf dem Höhepunkt seiner Karriere, nachdem er zum Regierungsbaurat befördert und zum Leiter des städtischen Hochbauamts ernannt worden war.³⁰ Durch zwei eben fertiggestellte moderne Schulbauten in Danzig-Langfuhr (Pestalozzischule und Helene-Lange-Schule) empfahl sich Krüger, ein kunstsinniger und auch in Restaurierungsarbeiten erfahrener Architekt, für die Graudenzener Aufgabe. Als Danziger besaß er in Polen Arbeitsmöglichkeiten, die einem reichsdeutschen, gar beamteten Architekten wohl versagt geblieben wären. Auf der anderen Seite bot er der Deutschen Stiftung nicht nur Gewähr für einen Schulbau, der die neuesten Tendenzen im Reich aufnahm, sondern ließ als Beamter auch eine bessere Kontrolle der umfangreichen Mittel zu, die zur Finanzierung des Neubaus von Berlin über Danzig nach Graudenz flossen.³¹

Krüger entwarf die Goetheschule, wie die neue Schule im Jahr ihrer Fertigstellung genannt werden sollte, in einem den Danziger Vorbildern ähnlichen, äußerlich nüchternen, der „Neuen Sachlichkeit“ verpflichteten Stil. Die repräsentative Schauseite des Gebäudes war in überlegter Konzeption auf den südlich anschließenden Sportplatz bezogen. Im Inneren boten die in Zusammenarbeit mit den Lehrern entworfenen Klassen- und Fachräume die günstigsten Bedingungen für einen reformpädagogisch inspirierten Unterricht, insbesondere Arbeitsunterricht. Den Leibesübungen dienten nicht nur eine zeitgemäße Turnhalle, sondern auch ein Schwimmbecken und ein Ruderkasten im Souterrain. Dem Gemeinschaftsleben standen spezielle Räume zur Verfügung. Besondere Sorgfalt

³⁰ Für die Überlassung biographischen Materials und weitere Informationen über ihren Vater bin ich Frau Ilse Ruppert geb. Krüger, Lüneburg, zu großem Dank verpflichtet.

³¹ Der Bau der Goetheschule kostete schließlich 2 207 415 Zł. Zu dieser Summe trugen bei: die Elternschaft Graudenz (Schulverein) und verschiedene Spender 62 900 Zł = 2,8%, der Deutsche Schulverein in Polen 668 361 Zł = 30,3%, die Deutsche Stiftung 1 466 154 Zł (649 860 RM) = 66,9%. Hauptgeschäftsstelle an Deutsche Stiftung, 14.2.1933 (Nr. 476/33). APB, Nr. 391, Sign. 322/9. Dabei stammte der Anteil der Deutschen Stiftung unmittelbar aus einem Spezialfonds des Auswärtigen Amtes, während der Zuschuß des Deutschen Schulvereins in Polen seinerseits wieder auf die Deutsche Stiftung zurückging, d.h. auf Mittel aus den Etats verschiedener Reichs- und preußischer Behörden, die in Polen privatwirtschaftlich vermehrt wurden.

widmete Krüger in Absprache mit Dr. Schönbeck und dem neuen Schulleiter Hilgendorf dem bildkünstlerischen Schmuck der Schule. Zum einen war man um Reproduktionen hervorragender Kunstwerke aller Zeiten bemüht. So bezog man von der Gipsformerei der Staatlichen Museen zu Berlin Abgüsse der Stifterfiguren des Naumburger Doms; vor der Aula wurden auf Stelen Büsten Platons, Bachs, Kants, Schillers und Mickiewicz aufgestellt. Ein besonderes Verdienst Krügers war aber die Schaffung der sogenannten Gemädegalerie im Korridor des 2. Obergeschosses. Auf seinen Aufruf hin stifteten zahlreiche deutsche Künstler der Gegenwart, unter ihnen Otto Dix, Lyonel Feininger, Käthe Kollwitz, Emil Nolde, Max Pechstein und Christian Rohlf, der Goetheschule originale Gemälde und Grafiken.³²

War die Ernennung Hans Rombuschs zum Schulleiter weitgehend eine Angelegenheit der polnischen Schulbehörde gewesen, so zog bei der Wahl seines Nachfolgers die Hauptgeschäftsstelle in Bromberg die entscheidenden Fäden. Als Rombusch im Frühjahr 1929, amtsmüde, um seine Versetzung einkam, versuchten ihn weder der Ortsschulverein noch die Zentrale umzustimmen; Rombusch erhielt einen weniger aufreibenden Posten am Deutschen Privatgymnasium in Bromberg. In geschickter Diplomatie gelang es Dr. Schönbeck, sowohl in Graudenz als auch beim Schulkuratorium den am Staatlichen Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache in Thorn tätigen Gymnasialprofessor Hans Hilgendorf als neuen Schulleiter durchzusetzen.

Hilgendorf wurde am 26.11.1891 in Hermannsdorf (Radzicz), Kreis Wirsitz (Wyrzysk), also im Regierungsbezirk Bromberg der Provinz Posen, als Sohn eines Mühlenpächters geboren, wuchs aber in Thorn auf.³³ Von 1911 bis zum Kriegsausbruch 1914 studierte er in Leipzig und Heidelberg Germanistik, Anglistik, Romanistik und Philosophie. Nach dem Kriegsdienst beendete er sein Studium in Leipzig und legte dort im Juni 1919 die Wissenschaftliche Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab. Bereits nach kurzem Referendariat wurde er im März 1920 zum sächsischen Studienassessor ernannt. Hierauf kehrte er in seine westpreußische Heimat zurück; nach kurzer Tätigkeit an der in Auflösung begriffenen Realschule in Kulm kam er zur deutschen Filiale des Thorner Gymnasiums.

³² Dem Leben und Werk des Architekten Albert Krüger beabsichtige ich einen eigenen Aufsatz zu widmen.

³³ Die biographischen Angaben verdanke ich im wesentlichen Herrn Tycho Hilgendorf, Braunschweig.

Die Tatsache, daß Hilgendorf, obwohl polnischer Staatsbürger und im polnischen Staatsdienst stehend, 1922 heimlich auch die Pädagogische Prüfung für Preußen ablegte und zunächst zum preußischen Studienassessor, 1927 zum Studienrat (mit einer sogenannten „fliegenden“ oder „schwarzen“ Planstelle) ernannt wurde, läßt darauf schließen, daß er zu einem kleinen Kreis von Lehrkräften zählte, die die maßgeblichen Berliner Stellen für Führungsaufgaben im Schulwesen der deutschen Minderheit in Polen ausersehen hatten.³⁴ Schon in seinen Thorner Jahren erwies sich Hilgendorf als wertvolle Stütze sowohl des deutschen Schulwesens als auch der deutschen Gesellschaft der Stadt.³⁵

In Graudenz, wo er anfangs als „Auswärtiger“ nicht nur freudig begrüßt wurde, verstand er es schnell, sich gegenüber Kollegium und Öffentlichkeit Autorität zu verschaffen, zugleich aber einen neuen, belebenden Geist in die Schule und ihr Umfeld einziehen zu lassen, der kleinliche Querelen bald in eine überwundene Vergangenheit verwies; und obwohl er über beträchtliches Geschick im Umgang mit polnischen Behörden verfügte und vielleicht konsequenter als seine Vorgänger zur Respektierung der politischen Existenzbedingungen der Schule aufrief, wurde offenbar anders als bei diesen nie in Zweifel gezogen, daß er „überzeugt deutsch“³⁶ dachte. Es erstaunt aber doch, mit welcher geradezu revolutionärer Programmrede sich Hilgendorf im bislang recht provinziellen Milieu der Stadt Graudenz und ihrer Umgebung einführte. Ein halbes Jahr nach seiner Amtsübernahme stellte er in einem Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Ein deutscher Schulbau in Polen“ einen Zusammenhang her zwischen der Modernität des geplanten Gebäudes und der der pädagogischen Vorstellungen, die darin verwirklicht werden sollten: Ein neuzeitlicher Bau werde entstehen, der „zeugen wird vom Wollen und Können der Baukunst von heute, davon, daß nirgends mehr als im modernen Zweckbau die ‚neue Sachlichkeit‘ wertvolle und zukunftsweisende Leistungen zu zeitigen vermag. Auffälliger noch wird sich in dem Graudenzer Schul-

³⁴ Dies trifft auch auf die Direktoren der deutschen Privatschulen in Posen und Bromberg, Vogt und Behrendt, und an der Goetheschule auf die Studienräte Bastian und Dr. Bischoff zu, die zu Beginn der zwanziger Jahre noch im polnischen Staatsdienst gestanden hatten. Vgl. Abwicklungsstelle des Deutschen Schulvereins in Polen an Deutsche Stiftung, 16.11.1939, Tgb. Nr. 2951/39. APB, Nr. 391, Sign. 322/5.

³⁵ Thea Wohlgemuth, Das deutsche Gymnasium in Thorn zwischen den Weltkriegen. Berlin o.J. [1963], S. 16–18.

³⁶ Vgl. etwa Kriedte an Schönbeck, 21.2.1929: „Haben Sie einen tüchtigen Leiter für uns? (...) Wir brauchen hier einen energischen, überzeugt deutsch denkenden Leiter. Graudenz ist sonst sehr einig, es würden auch dann alle Kreise einen solchen Leiter einmütig unterstützen.“ APB, Nr. 391, Sign. 322/1, Bl. 204.

bau ein anderer Wandel künden: Die Revolution der Erziehung, die, seit langem vorbereitet, sich jetzt anschickt, den Schulbetrieb auf dem ganzen Gebiet der europäisch-amerikanischen Kulturwelt umzugestalten.³⁷

6. 1932: Grundzüge des pädagogischen Programms der Goetheschule an der Wende von der Demokratie zur Diktatur in Deutschland

Die polnische und die deutsche bzw. preußische Schulpolitik waren im Grunde genommen seit Mitte der zwanziger Jahre von parallelen Entwicklungslinien bestimmt: zum einen ist die Tendenz unübersehbar, wesentliche Elemente der *Reformpädagogik*, etwa den Arbeitsschuldanken, die vor dem Ersten Weltkrieg nur an einzelnen Experimentalschulen erprobt worden waren, nun auch in das öffentliche Schulwesen zu übernehmen; des weiteren erlangte in beiden Ländern — wenn auch vor verschiedenem historischen Hintergrund — das Konzept einer *Nationalerziehung* maßgebliche Bedeutung, die nicht mehr nur universalen humanistischen oder realistischen Bildungsinhalten, sondern der Vermittlung nationaler kultureller Werte und Traditionen erhebliches Gewicht beimaß; schließlich wurden hier wie dort Vorstellungen einer *Staatsbürgerkunde* bzw. staatsbürgerlichen Erziehung entwickelt, die allerdings, wie es scheint, ebenfalls beiderseits der Grenze an der Abstraktheit des dabei verwendeten Staatsbegriffes und seiner mangelnden Verbindung zu Idee und Praxis der parlamentarischen Demokratie litten.³⁸

Diese Entwicklungstendenzen und Konzeptionen schufen für die Goetheschule als deutsche Schule in Polen Voraussetzungen ganz unterschiedlicher Art. Sehr günstig waren die Bedingungen für eine neue Methodik und Didaktik des Unterrichts: Hier konnte sich die Schule unbefangen den in Deutschland sich durchsetzenden pädagogischen und schulpolitischen Tendenzen anschließen und wurde in ihrem Bemühen

³⁷ Deutsche Rundschau in Polen Nr. 46 vom 25.2.1930.

³⁸ Die hier dargelegte Auffassung stützt sich für die polnische Seite besonders auf: *Historia wychowania — wiek XX* (Geschichte der Erziehung — 20. Jahrhundert). Bd. 1, hrsg. v. Józef Miąso. Warszawa 1980; für Preußen bzw. Deutschland auf: *Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Zur Entwicklung des Schulwesens in der Weimarer Republik*, hrsg. v. Reinhard Dithmar u. Jörg Willer. Darmstadt 1981; *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 5: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur*, hrsg. v. Dieter Langewiesche u. Heinz-Elmar Tenorth. München 1989; *Heinz-Elmar Tenorth, Zur deutschen Bildungsgeschichte 1918–1945. Probleme, Analysen und politisch-pädagogische Perspektiven*. Köln/Wien 1985.

gleichzeitig von der polnischen Schulaufsicht angespornt und ermutigt, die ähnliches forderte. Auch von der im März 1932 beschlossenen Schulreform erwartete Direktor Hilgendorf „nach Kenntnis der pädagogischen Haltung, die die Regierung vertritt“, daß ihre Auswirkungen „sich zweifellos im Geiste der modernen Schule vollziehen, d.h. in einer Richtung, in die uns ohnehin unsere eigenen Entwicklungstendenzen drängen“.³⁹

Große Probleme warf hingegen der nationalpädagogische Ansatz auf. Zwar fühlte sich das deutsche Privatschulwesen in Polen in besonderer Weise durch die Hervorhebung spezifisch deutscher Bildungsinhalte angesprochen, die die sog. Richertsche Reform in Preußen kennzeichnete.⁴⁰ Aber die „deutschkundliche Durchdringung aller Fächer“, wie sie seit 1926 auch vom deutschen Lehrerverband in Polen gefordert wurde,⁴¹ entsprach natürlich durchaus nicht den Vorstellungen der polnischen Schulverwaltung, die ihrerseits bestrebt war, nicht nur der polnischen Sprache, sondern auch „polnischem Geist“ möglichst ungehinderte Aufnahme in allen Schulen des Landes, auch den Privatanstalten der nationalen Minderheiten, zu verschaffen.⁴² Auf diesem Gebiet waren heftige Konflikte unvermeidlich, zumal es die größte Nähe zu den Frontstellungen der Tagespolitik aufwies.

³⁹ Festschrift 1932 (wie Anm. 13), S. 8.

⁴⁰ S. dazu neben der in Anm. 38 genannten Literatur: Margret Kraul, Das deutsche Gymnasium 1780–1980. Frankfurt/Main 1984, 5. Kapitel; Dieter Margies, Das höhere Schulwesen zwischen Reform und Restauration. Die Biographie Hans Richerts als Beitrag zur Bildungspolitik in der Weimarer Republik. Neuburgweier b. Karlsruhe 1972; Elke Peters, Nationalistisch-völkische Bildungspolitik in der Weimarer Republik. Deutschkunde und höhere Schule in Preußen. Weinheim 1972.

⁴¹ „Das deutsche Kulturgut und die deutsche Schule“ war 1926 verpflichtendes Jahresthema für alle Ortsgruppen des Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen. In einem Vortrag vor dem Graudener Zweigverein äußerte Willi Damaschke am 12.6.1926, es komme darauf an, „alle Fächer, selbst die polonistischen, deutschkundlich zu durchdringen“. APB, Bestand „Landesverband“ (wie Anm. 22), Sign. 13.

⁴² In seiner Replik auf Paul Dobbermann (Die deutsche Schule im ehemals preußischen Teilgebiet Polens. Posen 1925) stellte der Abteilungsleiter im Posener Schulkuratorium Jan Suchowiak fest, es gehe den Deutschen um „die Erhaltung des deutschen Charakters“ ihrer Schulen, während die polnische Regierung verpflichtet sei, im Interesse des Staates dafür Sorge zu tragen, „daß auch die Schule mit deutscher Unterrichtssprache in bezug auf die Erziehung eine Richtung im polnischen Geiste hat, damit die in ihr erzogenen Kinder gute Bürger des Vaterlandes werden, oder kurz gesagt, daß ihre Augen sich nicht nach Berlin, sondern nach Warschau richten und ihre Herzen nicht dem Deutschen Reich, sondern Polen treu ergeben sind!“, vgl. Jan Suchowiak, Das deutsche Schulwesen in Posen und Pommerellen. Eine Zurückweisung der deutschen Ansprüche. Poznań 1927, S. 51. Es handelt sich um eine vom Verlag der Geschäftsstelle Posen der deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten für Posen und Pommerellen herausgegebene Übersetzung von: ders., Niemieckie szkolnictwo w Poznańskim i na Pomorzu. Odprawa roszczeń niemieckich (Deutsches Schulwesen in Posen und Pommerellen. Abweisung der deutschen Forderungen). Poznań 1927, das polnische Originalzitat dort S. 46.

Nicht unproblematisch war auch das zeitgenössische Verständnis von staatsbürgerlicher Erziehung. Es mußte die deutsche Schule in Polen wenig kümmern, daß auch jenseits der Grenze viel vom Staat im allgemeinen, wenig von demokratischen Politikformen die Rede war; in dieser Beziehung verbot sich ohnehin eine mehr als vage und unausgesprochene Orientierung an reichsdeutschen Entwicklungen und Vorbildern. Die Idee der staatsbürgerlichen Erziehung hätte vielmehr sogar ein geeignetes, vielleicht das einzige Mittel darstellen können, mit dessen Hilfe sich die deutsche Schuljugend in Polen näher an den Staat, in dem sie lebte, hätte heranführen lassen. Dem standen aber zwei wesentliche Eigenheiten dieses Konzepts in der konkreten historischen Situation entgegen: zum einen, daß der Staat, mit dessen Geschicken sich die Schüler identifizieren sollten, auch unter Piłsudski und seinen Nachfolgern immer zunächst und vor allem ein Staat des polnischen Volkes blieb, in dem das Funktionieren der staatlichen Institutionen des Gemeinwesens kaum je unterscheidbar war von den gesellschaftlichen Bestrebungen der Mehrheitsnation; zum zweiten, daß der bestimmende Gedanke des Dienstes am Staat nicht mündige Partizipation am politischen Leben, sondern Respekt vor der Autorität der *Staatsmacht* intendierte und förderte, zumal diese weitgehend identifiziert wurde mit der gerade herrschenden Staatsführung und dem sie stützenden, angeblich überparteilichen Regierungsblock. Dem eklatanten Widerspruch zu solchen politischen Zeittendenzen und Anforderungen konnte auf die Dauer ein pädagogischer Impuls, der — etwa auch durch innerhalb der Schule spielerisch geübte Demokratie — die Schuljugend zu selbstbewußter und eigenverantwortlicher Aktivität anzuhalten trachtete, auf die Dauer nicht standhalten.

Chance und Gefährdung lagen also nahe beieinander, als Direktor Hilgendorf in einer großen Rede anlässlich der Einweihung des Neubaus im Juni 1932 die leitenden Grundsätze der pädagogischen Arbeit an der Goetheschule, ja deren „Bildungsideal“ entwarf; daß er zu den Gefahren, die einer gedeihlichen Entwicklung der Schule drohten, auch die höchst ungewisse politische Zukunft des Mutterlandes zählte, ist seinen Äußerungen ebenfalls zu entnehmen. Bei der Formulierung dieses Bildungs-ideals nahm Hilgendorf zunächst Bezug auf die pädagogische Reformbewegung, die er als internationales Phänomen erkannte; es sei für die Schule darauf angekommen, „den Anschluß an die Zeit zu finden, in den Schulbetrieb hineinzuleiten jene neuen Strömungen, die die Nachkriegsschule fast aller Kulturländer so machtvoll umgestaltend durchfluteten“.⁴³ Erst

⁴³ Alle folgenden Zitate aus Hilgendorfs Rede anlässlich der Einweihung des Neubaus am 25.6.1932, in: Festschrift 1932 (wie Anm. 13), S.3–11; vgl. Hermann Röhrs, Die

nach dem Entwurf dieses gewissermaßen allgemeingültigen Modernisierungsprogramms, das hier nur durch die Stichworte Arbeitsschule, Gemeinschaftsschule und Lebensschule gekennzeichnet werden kann, ging Hilgendorf dazu über, die mit dem konkreten historisch-geographischen Ort der Schule verbundenen Probleme anzusprechen: „Klar ist nur das Ziel: ein junges Geschlecht ist zu erziehen, dem in Sprache und Sitte die mütterlichen Kräfte seines Volkes unverlierbares Erlebnis geworden sind, und das gleichzeitig hell und unzweideutig sich bewußt ist der Pflicht der Offenheit, der Rechtlichkeit, des Gemein- und Opfersinns gegen den Staat, der es als seine Bürger umfängt. Dunkel aber ist noch der Weg zu solchem Ziel.“ Der offenbare historisch-politische Gegensatz beider Gemeinschaften sei durch „Überredung und äußere Geste“ nicht zu bannen. Es sei die „versöhnende und aufbauende Kraft“ eines übergreifenden Gefühls zu finden, „in dessen Befriedigung die Liebe zum Volk und der Dienst am Staat sich gleichzeitig erfüllen“.

Gemeinschaftserlebnisse, die volkliche und staatliche Zugehörigkeit nicht auf Dauer als quälenden und unüberwindbaren Widerspruch erscheinen ließen, sah Hilgendorf nun auf zwei Ebenen: zunächst auf der elementaren und augenfälligen des *Heimaterlebnisses*. Von der Liebe zur engeren Wohnheimat und ihrer Kenntnis — Hilgendorf erwähnte die „herbe und schlichte Schönheit dieses Weichsellandes“ — erwartete er „Folgerungen (...), durch die die Pflichten gegen den Staat wie gegen das Volkstum gleich starke belebende Anreize erfahren“. Solcher Art „aufgeklärte“ Heimatliebe, wie sie hier wohl gemeint war, versagte sich engstirnigem Gezerre und Besitzdenken und war auch bereit und fähig, die geschichtlichen Leistungen *verschiedener* Völker auf *demselben* Boden anzuerkennen. Hilgendorf war sich aber nicht sicher, ob Heimatgebundenheit alleine ausreiche, den „durch die besondere geschichtliche Situation geschaffenen Gegensatz“ zwischen den Gemeinschaftsformen Volk

Reformpädagogik als internationale Bewegung. Bd.1: Die Reformpädagogik: Ursprung und Verlauf in Europa. Hannover/Berlin (u.a.) 1980; Wilhelm Flitner, Die Reformpädagogik und ihre internationalen Beziehungen, in: Internationale Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 1 (1931), S.39-56, jetzt in: Ders., Die Pädagogische Bewegung. Beiträge — Berichte — Rückblicke. Besorgt von Ulrich Hermann unter Mitarbeit von Christoph von Bühler und Meike Werner. Paderborn 1987, S.232-242 (Gesammelte Schriften. 4.); Die Reformpädagogik des Auslands, hrsg. v. Hermann Röhrs. 2., unveränd. Aufl., Stuttgart 1982. Polen kommt dort bezeichnenderweise nicht vor, wenn man von dem seit 1935 in Warschau lehrenden Russen Sergius Hessen absieht. Diese Lücke füllt bis zu einem gewissen Grade die trotz ideologischer Einkleidung nützliche Quellensammlung: Zur Geschichte der fortschrittlichen Pädagogik in Polen. Von den Anfängen bis zur Befreiung vom Faschismus. Aus Schriften und Dokumenten ausgew. u. eingel. von Wincenty Okoń. Berlin 1984.

und Staat zu überwinden. Sie liege „vor und nicht über den Affekten volklicher und staatlicher Zugehörigkeit“ und könne leicht nur das Substrat einer einseitigen Parteinahme werden oder — in Form eines „primitiven Regionalismus“ — sich gleichgültig zeigen für die Einbindung in größere Zusammenhänge.

Ein übergeordnetes Gemeinschaftserlebnis war nach Hilgendorf vielmehr auf einer viel höheren Kulturstufe zu suchen, zu der sich das Verständnis von Volk und Staat hinaufgeläutert hatte und auf der erst ihre Versöhnung möglich wurde. Die Synthese, die allein das „Trennende, das Widerstreitende“ beider Prinzipien überwinden könne, sei „der Glaube an die kulturelle Solidarität der europäischen Völkerfamilie, die Teilnahme an einem zeitüberlegenen und übervölkischen wie überstaatlichen europäischen Geistesleben“. Hilgendorf bestritt zwar, die Existenzberechtigung der Einzelvölker wie der Nationalstaaten leugnen zu wollen, band diese aber letztlich an deren Beitrag zur „Menschheitskultur“ bzw. zur „Wahrung und Mehrung europäischer Bildung“. Der europäische Kulturgedanke „als die höchste uns erfahrbare Form geistigen Menschentums“ stehe über Zeiten und Völkern, wenn er sich auch in ihnen und durch sie verwirkliche.

Diese Überlegungen waren — wenn auch durch und durch idealistisch und einem fast verzweifelten Bemühen gleichkommend, die Quadratur des Kreises zu beweisen — kühn und nicht ohne aktuelle politische Bedeutung. Hilgendorf bekannte, daß das Kulturideal, das ihm vorschwebte, im Wortsinn humanistisch sei: „Bildung, die zu ihm hinführt, stellt die Bewahrung ewiger Geisteswerte höher als die Bewältigung der Aufgaben, die der Tag und seine Nöte bringen, sie erzieht zur Ehrfurcht vor dem Wertgehalt der Tradition, sie hat den Zug aufs Transzendente und nährt den Glauben an universale Wahrheiten und Wertideen, die der Menschheit in ihrer Gänze, der menschlichen Vernunft und dem menschlichen Herzen zu aller Zeit und allerorts gemäß seien, kurz sie verliert nie den Bezug auf einen allem Menschlichen immanenten Sinn (. . .)“. Das hieß — und sei es auch mit unzulänglichen Mitteln und in noch allzu philosophischer Einkleidung —, Dämme gegen die Flut zu errichten. Mit solcher Rede empfahl man sich dem, was da in Deutschland zur Macht drängte, nicht. Hilgendorf war sich bewußt, wie schwer es „die Grundsätze hoher Humanität“ hätten, „in einem Zeitalter der Krisen und Fanatismen“ noch Anerkennung zu finden. „Primitiver Ungeist“ treibe sein Wesen, „Welt und Jugend von heute“ sehe sich „nach einfachen positiven Zielen um; solchem Drängen wird ein Bildungsideal, das Erziehung zum Staatsbürger, zum deutschen Menschen, zum geistigen Europäertum gleichzeitig vollzogen sehen möchte, gar zu vieldeutig, ja vage und nebelhaft dünken“.

Hilgendorf fand Trost und Führung in Person und Werk Goethes, „des größten Deutschen, des größten Europäers der Neuzeit“, dessen Name „wie ein rauschendes Banner“ über der Schule stehe: „Wie Goethes unermessliches Werk alle Kunde und Lehre umspannt, der unser Unterricht gilt, so richtet es auch ein Menschenbild vor uns auf, das trotz aller Kritik an den Begriffen Kultur und Bildung als Stern und Hoffnung über unserer Erziehungsarbeit stehen darf (...).“

Was der Direktor hier vortrug, stellte zwar die umfangreichste und gehaltvollste Formulierung seines pädagogischen Programms dar, zugleich aber die Bilanz dessen, was er schon seit seiner Amtsübernahme propagiert und in die Praxis umzusetzen versucht hatte. Mochte auch die Euphorie der Einweihungsfeier darüber hinwegtäuschen: Die Schule hatte vielleicht den Gipfelpunkt schon erreicht, zu dem sie nun erst aufzubrechen meinte. Zwar blieb sie ihrem hohen Anspruch im Kern — wenn auch gewiß unter mancher Verzerrung, Verleugnung und offener Verunstaltung — bis zuletzt treu. Der unmittelbare reformerische Schwung aber hielt kaum noch zwei Schuljahre lang an; auf den „Eindruck einer ungewöhnlichen Bewegtheit“ folgten bald „Stillstand und ruhiges Verharren“. „Ratlosigkeit und Müdigkeit, wie vor einem Vergeblichen“ griffen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre um sich.⁴⁴ Wie kam es zu dieser Entwicklung?

7. 1933–1939: Zwischen der Scylla des Nationalsozialismus und der Charybdis der polnischen Minderheitenpolitik

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland hatte für die Goetheschule zunächst durchaus widersprüchliche Folgen; nach Arnold Kriedte war 1933 ein „sehr schweres Jahr“ für die Schulleitung und den Schulverein.⁴⁵ Es fehlt jeder Hinweis darauf, daß die „nationale Erhebung“ im Reich bei den Deutschen in Graudenz insgesamt eine gehobene Stimmung hervorgerufen hätte. Zwar begeisterten sich ein Teil der Jugend und auch einige Erwachsene für die neue Lehre, aber gerade

⁴⁴ Jahrbuch der Goetheschule für die Schuljahre 1932/33 und 1933/34 (II) o.O.o.J. [Grudziądz 1934], S.9; Jahrbuch der Goetheschule für die Schuljahre 1934/35 bis 1936/37 (III). o.O.o.J. [Grudziądz 1937], Vorbemerkung u. S.5.

⁴⁵ So zu Beginn seines abschließenden Rechenschaftsberichts vor der Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins in Graudenz am 14.4.1934. Abschrift in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA), Deutsches Konsulat (Generalkonsulat) in Thorn, Po 38f; Bd. VI.

dadurch, daß diese Parteinahme mit heftigen Angriffen auf die bisherige, konservativ geprägte Führungsschicht einherging, wurde mehr Zwie-tracht als je zuvor in die deutsche Bevölkerung hineingetragen. Mit dem Rücktritt Arnold Kriedtes vom Schulvereinsvorsitz und seinen übrigen Ämtern im Frühjahr 1934 ging eine Ära zu Ende, die im ganzen noch „weimarisches“ bestimmt gewesen war. Innerhalb der Schule wurde zwar der „Erneuerungsbewegung“ in der Schülerschaft und unter den Junglehrern Raum gegeben, Angriffe aber etwa gegen den jüdischen Musiklehrer, wie sie auch aus Kreisen der Elternschaft vorgebracht wurden, wurden abgewehrt.

Das Verhältnis zur polnischen Umwelt zeigte 1933/34 eine eigentümliche Gespaltenheit: Einerseits wirkten sich die zu Beginn der Regierung Hitler noch sehr gespannten Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich auch auf die Lage der deutschen Minderheit in Pommerellen äußerst negativ aus; der gewalttätige Überfall aufgehetzter Polen auf eine Gruppe deutscher Wahlmänner in Graudenz im November 1933, dem zwei deutsche Handwerksmeister zum Opfer fielen, markiert einen Tiefpunkt im Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit.⁴⁶ Von diesen Ereignissen scheint aber die Goetheschule nicht unmittelbar betroffen gewesen zu sein. Sie befand sich seit Anfang der dreißiger Jahre auf einer aufsteigenden Entwicklungslinie, die 1931 ihren ersten Ausdruck darin fand, daß ihr die teilweise Gleichstellung mit den Rechten staatlicher Anstalten, das sogenannte eingeschränkte Öffentlichkeitsrecht, zugesprochen wurde. Zwar ging sie dieses Privileg schon im Jahr darauf wieder verlustig, weil die Behörde auf provokative Äußerungen einiger Schüler scharf reagierte, doch war — nicht zuletzt aufgrund persönlicher Inter-

⁴⁶ Deutsche Rundschau in Polen Nr. 271 A vom 25.11.1933; die Schlagzeile wurde offenbar zensiert. Laut Nr. 272 vom 26.11.1933 wurde die Ausgabe des Vortages beschlagnahmt. Die Vorgänge vom 23.11.1933 haben — ungeachtet aller sonstigen Bedrückungen und Anfeindungen — die Deutschen in Graudenz nicht zuletzt deshalb so erschüttert, weil sie in der Geschichte der Stadt Graudenz und Pommerellens zwischen 1920 und 1939 einen Extrempunkt darstellen; es ist nicht statthaft, sie der unmittelbaren Vorgeschichte der Ereignisse bei Kriegsausbruch 1939 zuzurechnen. Daß die polnische Bevölkerung der Stadt in ihrer großen Mehrheit die bis zum Mord gehenden Gewaltakte verurteilt hat, ist u.a. daran zu erkennen, daß bis heute an prominenter Stelle des Graudener Friedhofs ein großer Gedenkstein an Adolf Krumm und Erich Rieboldt erinnert; selbst die Inschrift „Unseren Volksgenossen“ ist noch lesbar (eigene Beobachtung 1986/87). — Die reichsdeutsche Presse unterließ auf Wunsch des Gesandten v. Moltke jede Nachricht über die Graudener Vorfälle, um die sich anbahnende deutsch-polnische Verständigung nicht zu gefährden. Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen*. Würzburg 1955, S. 257 f.

vention Direktor Hilgendorfs beim Kultusministerium in Warschau — der status quo ante bald wiederhergestellt. Die ersten beiden Schuljahre nach Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts — 1934/35 und 1935/36 — sollten gar, indem der Schule das volle Öffentlichkeitsrecht verliehen wurde, der erfolgreichste Abschnitt ihrer Geschichte werden. Nicht wenig trug hierzu die überaus positive Beurteilung bei, zu der der für die Goetheschule zuständige Visitor (Oberschulrat), Florian Kozanecki, in seinen jährlichen Revisionsberichten gelangte.⁴⁷

Die Situation verschlechterte sich 1936 jäh, wofür eigenes Versagen der Schule ebenso ursächlich war wie Veränderungen in den deutsch-polnischen Beziehungen, die sich ihrer Einflußnahme entzogen. Was die Schule betrifft, so war es die sogenannte „Wanderbund-Affäre“, die der Schulbehörde den Eindruck vermitteln mußte, sie habe Bestrebungen zu lange geduldet, die in ihrer Konsequenz gegen den polnischen Staat und dessen territoriale Integrität gerichtet seien. Mehrfach hatte der Visitor, wenn auch in durchaus moderater Formulierung, davor gewarnt, Vorbilder aus dem Reich allzu naiv nachzuahmen; die Schüler dürften nicht vergessen, daß sie in einem anderen Land lebten.⁴⁸ Wie aber viele Deutsche in Polen

⁴⁷ Das Nonplusultra war wohl der Bericht vom Dezember 1935, in dem es heißt: „Was ich bis dahin über die Schule und ihre Arbeit gesagt habe, beweist wohl, daß der Direktor keine Mühe scheut, um die Anstalt auf ein Niveau zu heben, das allen Anforderungen genügt. Mag man mit der einen oder anderen seiner Maßnahmen auch nicht ganz einverstanden sein, so wird man doch ohne weiteres ihm zuerkennen müssen: seine große Arbeitsfreude, seine Liebe zur Schule und zu den Schülern, den ihm eigenen Reichtum an wohlüberlegten immer neuen Ideen in Erziehungsdingen und schließlich sein getreues Eintreten für die Anordnungen und Hinweise der Schulbehörden. Es ist bezeichnend, daß er auf die Schule, die doch sein Werk ist, mit kritischem Blicke schaut, ihre Unvollkommenheiten geradezu sucht, ihre neuen Aufgaben klar herausstellt und ohne Zögern zu ihrer Durchführung schreitet.“ Visitationsbericht. Visitation der Goetheschule am 16.–18.XII.1935, S. 7. APB, Nr. 391, Sign. 322/4. Kozanecki war — diesseits und jenseits der Grenze, in Thorn ebenso wie in Danzig und Beuthen — mit allen Wassern der Minderheitenschulfrage gewaschen. Pollak, *Wspomnienia* (wie Anm. 18), S. 351 u. 339 f.; vgl. auch Jerzy Lubos, *Dzieje polskiego gimnazjum w Bytomiu w świetle dokumentów i wspomnień* (Die Geschichte des polnischen Gymnasiums in Beuthen im Lichte von Dokumenten und Erinnerungen). Katowice 1961, S. 51, sowie unten, Anm. 54.

⁴⁸ Bericht über die vom 17.–23. Februar 1932 stattgehabte Visitation des Koedukationsgymnasiums des Deutschen Schulvereins in Graudenz. APB, Nr. 391, Sign. 322/2, Bl. 54–65, hier Bl. 55 f.; Visitationsbericht des Deutschen Gymnasiums für Knaben und Mädchen in Graudenz (9.–12.X.1933). Ebenda, Sign. 322/3 [unpag.]; Übersetzung: Visitationsbericht. Visitation der Goetheschule am 19.–20.IX. und 12.–14.X.34 (sic). Ebenda, Sign. 322/4 (S. 3 f. des Berichts). Die Visitationsberichte waren der Schulleitung (selbstverständlich in polnischer Sprache) zugänglich zu machen; sie wurden von dieser ins Deutsche übersetzt und der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Schulvereins in Polen zur Kenntnis gegeben.

die zwischen beiden Staaten eingetretene Entspannung bald so auslegten, als dürften sie sich demonstrativ und vernehmlich zur Politik des „neuen Deutschland“ bekennen und dabei auch noch in aller Öffentlichkeit die Kontroversen der beiden konkurrierenden Richtungen (Deutsche Vereinigung und Jungdeutsche Partei) austragen, so machte sich auch unter der Schülerschaft der Goetheschule ein trommelndes HJ-lertum breit, das trotz seiner Herkunft aus der älteren Jugendbewegung an seiner Identifikation mit der Staatsjugend des „Dritten Reiches“ kaum einen Zweifel ließ.⁴⁹

Es kam zum Eklat, als das Notizbuch einer Schülerin in die Hände der polnischen Behörden und der Presse geriet, in dem auch Liedtexte festgehalten waren, die offenbar aus Danzig nach Graudenz gelangt waren; eines der Lieder bezeichnete die deutsche Jugend als „Kämpfer für das Dritte Reich“, ein zweites forderte „Deutschland, Mutterland“ zur „Befreiung“ und „Heimholung“ der abgetretenen Gebiete auf.⁵⁰ Es war wohl wieder dem Verhandlungsgeschick des Direktors zu verdanken, daß die Schule, die wegen des Vorfalles in ihrer Existenz bedroht war, verhältnismäßig glimpflich davonkam.⁵¹ Der mit der Betreuung des Wanderbundes beauftragte Junglehrer und eine ältere Kollegin, die ebenfalls politisch Anstoß erregt hatte, mußten entlassen werden. Die Schulbehörde verlangte eine stärkere Kontrolle der Wandergruppen durch die Klassenlehrer und Projektoren; die HJ-ähnliche „Kluft“ wurde durch eine neutralere Schüleruniform ersetzt.

Folgenreicher für das Schicksal der Schule waren aber wohl die Verän-

⁴⁹ Deutsche Rundschau in Polen Nr. 99 vom 30.4.1935 über eine „Feierstunde“ des Wanderbundes der Goetheschule. Nach 1939 ist die Identität der Bestrebungen — auch um die Goetheschule gegen Vorwürfe zu verteidigen — natürlich noch stärker betont worden. Jahrbuch der Goetheschule für die Schuljahre 1937/38 und 1938/39 (IV). Graudenz 1941, S. 29–35. Neben apologetischen auch selbstkritische Erwägungen bei Richard Breyer, Erinnerungen an die Goetheschule Graudenz. Mein Schulweg über die alte Grenze, in: Westpreußen-Jahrbuch 41 (1991), S. 51–59, hier S. 55 f.

⁵⁰ Zeitungsausschnitt aus dem „Kurjer Poznański“ vom 21.6.1936 und deutsche Übersetzung in: APB, Nr. 391, Sign. 322/4. Über den Vorfall, der „ungeheueres Aufsehen“ erregte, berichtete der deutsche Generalkonsul in Thorn dem Auswärtigen Amt am 7.7.1936 unter dem Betreff „Störung der deutsch-polnischen Beziehungen durch die deutsche Minderheit“(!). Marian Wojciechowski, Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim a III Rzesza w latach 1936–1939 (Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Pommerellen und das Dritte Reich in den Jahren 1936–1939), in: Zapiski Historyczne 26 (1961), H. 2, S. 45–57, hier S. 54 f. (Dok. 3).

⁵¹ Der Visitator (jetzt Bronisław Biedowicz) begnügte sich mit der Erklärung, „daß die aus pädagogischen Erwägungen der Schuljugend zugestandene Freiheit und Selbständigkeit von für verantwortungsvolle Arbeit unreifen Einzelpersonen zu schädlichem Wirken mißbraucht werden“ konnte. Visitationsbericht der Goetheschule — Privates Gymnasium für Knaben und Mädchen mit deutscher Unterrichtssprache in Grudziądz (23./24.II.1937). APB, Nr. 391, Sign. 322/4.

derungen, die seit Mitte der 30er Jahre in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen eintraten. Deutschlands wachsende Macht, die u.a. in der massiven Aufrüstung („Wiederbewaffnung“) und der Rheinlandbesetzung zum Ausdruck kam, verringerte Polens Bedeutung als Bündnispartner und ließ die Bereitschaft zum Kompromiß schwächer werden. Auf der anderen Seite untergrub Piłsudskis Tod die Stellung der Anhänger der Verständigungspolitik in Polen; seine Nachfolger appellierten wieder stärker an nationalistische Auffassungen und Empfindungen.⁵² Da sich beide Partner ihrer internationalen Bindungen und Verpflichtungen weitgehend entledigt hatten (insbesondere die deutsche Seite der Völkerbundsmitgliedschaft, die polnische des Minderheitenschutzvertrags), begannen die bilateralen Beziehungen zunehmend den Charakter eines machtpolitischen Krätemessens anzunehmen. Dabei ging es, wenn etwa Polen den Grundsatz der Gegenseitigkeit auch auf das Minderheitsschulwesen beiderseits der Grenze angewandt sehen wollte, weniger um ein quantitatives Gleichziehen des polnischen Schulwesens im Reich mit dem „Besitzstand“ der Deutschen in Polen, den die polnische Politik grundsätzlich zu verringern trachtete, als vielmehr um die Betonung des Anspruchs auf Gleichberechtigung.

Es ist allerdings auch kaum zu verstehen, warum ein Staat von der Größe des Deutschen Reiches (oder auch nur Preußens) sich nicht imstande sah, seiner zahlreichen, wenn auch wenig organisierten, polnischsprachigen Bevölkerung überall dort, wo sie in größerer Zahl lebte, außer Volksschulen auch eine höhere Schule zu gewähren, sondern der Gründung und Entwicklung polnischer Gymnasien stets zähen und kleinlichen Widerstand entgegensetzte, als sei durch diese angeblich doch so wenig attraktiven Anstalten die Sicherheit des Reiches selbst bedroht.⁵³ Jedenfalls wurde

⁵² Marian Wojciechowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938*. Leiden 1971, S. 215 ff. u. 274 ff.; Günter Wollstein, *Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933–1939/45*, in: Hitler, *Deutschland und die Mächte*. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsg. v. Manfred Funke. Kronberg/Ts./Düsseldorf 1978, S. 795–810, hier bes. S. 802.

⁵³ So ist etwa die Errichtung eines polnischen Mädchengymnasiums in Ratibor „aus Gründen der Landesverteidigung“ abgelehnt worden. Aufzeichnung einer Besprechung von Vertretern des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Botschaft Warschau, des Reichsinnenministeriums, Reichserziehungsministeriums, Reichskriegsministeriums (!), der Volksdeutschen Mittelstelle und der Deutschen Stiftung sowie des Vorsitzenden des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Oberschlesien, Ullitz, am 3.9.1937. PA, Dt. Botschaft Warschau, P III 5 a, Bd. 1 (Abschrift zu Kult. A 4024/37 II). Bis 1932 gab es im ganzen Deutschen Reich kein Gymnasium mit polnischer Unterrichtssprache, bis 1937 nur die Schule in Beuthen (also im Geltungsreich der Genfer Konvention über Oberschlesien vom 15.5.1922, die zu einer Rege-

die Goetheschule in Graudenz — wie auch das Schillergymnasium in Posen und das Deutsche Privatgymnasium in Bromberg, die spätere Dürerschule — seit dem Herbst 1936 zum Spielball zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen, die auf Maßnahmen gegen das polnische Gymnasium in Beuthen und die unfreundliche Haltung der deutschen Behörden im Hinblick auf die Errichtung eines zweiten polnischen Gymnasiums in Marienwerder zurückgingen.⁵⁴ Unter Vorwänden wurde der Goetheschule statt des vollen nur noch das eingeschränkte Öffentlichkeitsrecht gewährt, was sich insbesondere auf die Gestaltung der Reifeprüfung unangenehm auswirkte.⁵⁵

In dieser innerhalb und außerhalb der Schule schwierigen und gespannten Situation versuchte Direktor Hilgendorf 1937 in einem bemerkenswerten Appell an die besonderen Existenzbedingungen und Anforderungen der deutschen Schule in Polen zu erinnern. In einem an die Eltern und die übrige deutsche Öffentlichkeit gerichteten Vortrag hob er die Notwendigkeiten staatsbürgerlicher Erziehung hervor,⁵⁶ während er in einer

lung auf Gegenseitigkeit verpflichtete und keine Prüfung des Bedarfs vorsah); demgegenüber standen der deutschen Bevölkerung allein in der Wojewodschaft Schlesien noch 1939 drei private Gymnasien und ein staatliches zur Verfügung.

⁵⁴ Lubos, Dzieje (wie Anm. 47), S. 144 ff.; auch Dietrich Vogt, Das Schiller-Gymnasium in Posen. Schicksal einer deutschen Minderheitenschule, 1920–1939. Lüneburg 1964, S. 25 ff.; Bolesław Pleśniarski, Teresa Wróblewska, Gimnazjum Polskie i liceum ogólnokształcące w Kwidzynie (1937–1939, 1945–1977) (Das Polnische Gymnasium und das allgemeinbildende Lyzeum in Marienwerder <1937–1939, 1945–1977>). Gdańsk 1980. Zahlreiche Vorgänge in: PA, GK Thorn, Schulwesen, II. Deutsche Minderheitsschulen, Bd. 2 (1938/39); ebenda, GK Thorn, Po 38¹, Bd. 7 u. 8 (1936–1938); ebenda, Dt. Botschaft Warschau, P III 5a, Bd. 1–4 (1934–1939); AAN, MSZ (Außenministerium), Sign. 11472, 11473 (1938/39); ebenda, Ambasada RP w Berlinie (Botschaft der Republik Polen in Berlin), Sign. 3883, 3884 (1937/38).

⁵⁵ Die Entwicklung wurde dadurch noch kompliziert, daß die polnische Schulreform vom 11.3.1932 die Klassen 7–10 als „Gymnasium“ von den beiden „Lyzeum“ genannten Oberklassen trennte und den Erwerb der Mittleren Reife — und damit den Übergang auf die Oberstufe — an eine eigene Prüfung, das sog. kleine Abitur, band. Hinzu kam, daß nun das Öffentlichkeitsrecht für jede „Anstalt“ einzeln erteilt wurde und der Unterschied zwischen einem „eingeschränkten“ und einem „vollen“ Öffentlichkeitsrecht entfiel. So blieb zwar der Goetheschule, die für das Gymnasium neuer Art die Rechte staatlicher Anstalten weiterhin erhielt, die ganze Mühsal des „kleinen“ Abiturs, das zahlreichen Schülern der weniger glücklichen Privatgymnasien in Posen und Bromberg zum Verhängnis wurde, erspart; da jedoch ihrem 1938/39 erstmals vollständig aufgebauten „Lyzeum“ die staatlichen Rechte verweigert wurden, fand die eigentliche Reifeprüfung im letzten Schuljahr vor Kriegsausbruch — mit einer schriftlichen Prüfung in Polnisch, „die sich in nichts von der polnischen Prüflinge unterschied“, und einer mündlichen Prüfung in 10–12 Fächern — unter noch schwierigeren Bedingungen statt als die Reifeprüfung, der sich zehn Jahre zuvor erstmals Abiturienten des Deutschen Privatgymnasiums in Graudenz unterzogen hatten. Vgl. IV. Jahrbuch (wie Anm. 49), S. 15.

⁵⁶ III. Jahrbuch (wie Anm. 44), S. 49–55.

wohl im Auftrag der Deutschen Vereinigung verfaßt, für höchste polnische Regierungsstellen bestimmten Denkschrift die Ansprüche der deutschen Schule formulierte; dieses Dokument gehört offenbar in den Zusammenhang der Vorbereitung der deutsch-polnischen Minderheitenschutzklärung vom 5.11.1937.⁵⁷ Zu Beginn seiner Denkschrift stellte Hilgendorf fest, es herrsche „keine Einmütigkeit über Wesen und Ziel der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache zwischen dem Staat und der deutschsprachigen Bevölkerung“.⁵⁸ Im Vortrag über staatsbürgerliche Erziehung hat er „die geheimen Wünsche dieser beiden Erziehungsmächte, die tieferen Ströme ihrer Erziehungspolitik“ in einer Deutlichkeit benannt, die ihresgleichen sucht:

„Der Staat scheint zu sagen: Die Goetheschule lebt im polnischen Lande, sie ist also eine polnische Schule, die sich von anderen polnischen Schulen nur durch die keineswegs überaus wichtige Eigenart unterscheidet, daß auf ihr die Mehrzahl der Fächer deutsch unterrichtet wird und dem Verständnis und Erlebnis der deutschen Kultur ein besonderes Fach — der Deutschunterricht — gewidmet ist. Was darüber hinaus geht, die bewußte und nachdrückliche Pflege völkischer Eigenart, die innige überzeugte Verbundenheit mit dem Mutterlande, die Heranzüchtung einer spezifisch deutschen Weltanschauung sind gefährliche Annäherungen an eine politische Erziehung im deutschen Sinne. Politik aber, die gelebt wie gelehrt, in Polen darf nur polnische Politik sein. Nur der in der polnischen Ideologie erzogene junge Mensch kann ein rechter, zuverlässiger Staatsbürger werden. Ihn zu schaffen, ihn uns abzuliefern, ist unser Hauptanliegen an dich, Schule: was dem widerspricht, was es stört, mußst du vermeiden und bekämpfen. — Die deutsche Minderheit hingegen scheint zu sagen: die Goetheschule ist eine deutsche Schule. Es ist dabei von untergeordneter Bedeutung, daß sie im polnischen Lande liegt und ihre Zöglinge, einst auf Handel und Wandel mit polnischen Menschen und Instanzen angewiesen, auch polnisch lernen und aus praktischen Gründen etwas vom polnischen Leben heute und einst wissen müssen. Du, Schule, erziehe mein Kind so, daß es sich von seinen Volksgenossen im Mutterlande in nichts unterscheidet, auch nicht in seiner Haltung zum polnischen Staat, der doch ein fremder ist und nur soweit den deutschen Menschen interessiert, als er ihm nützt oder schadet. Vor allem bewahre mein Kind vor jeder Überfremdung, vor jeder weitgehenden oder gar

⁵⁷ Abschrift in: PA, GK Thorn, Po 38¹, Bd. VII, Bl. 215 ff.

⁵⁸ Die Aufgabe der Schule mit deutscher Unterrichtssprache. PA, GK Thorn, Po 38¹, Bd. VII, Bl. 215.

allzu warmen, anerkennenden Beschäftigung mit polnischer Art, denn das ist Politik, ist Polonisierung und bedeutet seines und damit unseres künftigen Deutschtums Untergang.“⁵⁹

Beharrten die beiden Parteien wirklich auf solch extremen Standpunkten, so fuhr Hilgendorf fort, dann wäre der Schule ein schnelles Ende beschieden: „Denn erzöge sie nur deutschsprechende Polen, so verlöre sie völlig den Charakter einer deutschen Bildungsanstalt, und ihre Sonderexistenz neben den polnischen wäre ein überflüssiger Luxus. Erzöge sie aber einfach Reichsdeutsche, die nur zufällig nach Polen verschlagen sind, würde sie in durchaus berechtigtem Staatsinteresse bald geschlossen.“ Der Direktor betonte die Notwendigkeit des Kompromisses; das Leben verlange, „daß man jene feinste Linie finde, die seine widerstreitenden Ansprüche noch trennt und doch schon verbindet“. Er exemplifizierte seine Vorstellungen insbesondere an den sogenannten Gesinnungsfächern. Der deutschen Bevölkerung war zu verdeutlichen, daß der Polnischunterricht, „das zentrale Fach der staatsbürgerlichen Erziehung“, die Schüler nicht nur „zu einer möglichst vollkommenen Beherrschung der polnischen Sprache führen“, sondern ihnen auch „den ganzen in der Sprache selbst und in der Dichtung und Literatur eingefangenen Reichtum und die Mannigfaltigkeit der polnischen Seele und des polnischen Geistes nahebringen“ mußte. Doch verwahrte sich Hilgendorf gegen überzogene Ansprüche der Schulbehörde an den Grad der Sprachbeherrschung sowie gegen den Gebrauch des Polnischen als Unterrichtssprache in anderen Fächern, Forderungen, die teils mit der Absicht stärkerer Polonisierung, teils nur zur Begründung von Retorsionsmaßnahmen erhoben wurden.

Wenig Raum für eine die Interessen beider Seiten berücksichtigende Betrachtungsweise blieb in bezug auf das Fach Deutsch, das möglichst ungeschmälert der Bewahrung und Pflege der nationalen Eigenart dienen sollte und deshalb an einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache eine grundsätzlich andere Stellung einnehmen mußte als an einer für polnische Schüler bestimmten Anstalt. Die deutsche Seite hatte hier allerdings argumentativ selbst keinen leichten Stand, da sowohl das deutsche Kulturerbe, das als „hohes Gut“ weitergegeben werden sollte, als auch das Schrifttum der Gegenwart in sehr zeitgebundener, den ideologischen Vorgaben des „Dritten Reiches“ verpflichteter Perspektive gesehen wurden.⁶⁰ Beein-

⁵⁹ III. Jahrbuch (wie Anm. 44), S. 50; die folgenden Zitate ebenda, S. 50f.

⁶⁰ Denkschrift (wie Anm. 57), Bl. 222 (Anlage 5: Deutsch). Auf die Spezifik der an der Goetheschule betriebenen Literaturrezeption kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

druckend ist hingegen, wie Hilgendorf für eine ausgewogene Darstellungsweise im Geschichts- und Erdkundeunterricht warb. Mußte von der Schulverwaltung gefordert werden, den Umfang des Geschichts- und Erdkundeunterrichts so zu erweitern oder den Lehrplan so umzustrukturieren, daß Zeit blieb für die Vermittlung der Grundtatsachen der deutschen Geschichte und einer „ausreichende(n) Bekanntschaft sowohl mit dem geschlossenen deutschen Siedlungsraum in Mitteleuropa wie mit dem Auslandsdeutschtum“,⁶¹ so wurde den Eltern eingeschärft: „Der Unterricht in diesen Fächern kann nun ebensowenig dem der deutschen Schulen im Reich gleichen. Polnische Geschichte, polnische Erdkunde: Das Schicksal des polnischen Staates, dem zu dienen auch wir berufen sind, Gestalt und Lebensformen des Landes, in dem zu wirken und zu schaffen uns aufgegeben ist, sie werden im Mittelpunkt dieser Unterrichtsfächer stehen.“⁶²

Hieraus ergab sich die gegenüber der bloßen Stoffaufteilung und Themenwahl ungleich schwierigere Frage, *wie* bestimmte Ereignisse, Entwicklungen und Sachverhalte darzustellen seien. Gegenüber dem von beiden Seiten ausgeübten Gesinnungs- und Bekenntniszwang verteidigte Hilgendorf Recht und Verpflichtung des Lehrers, in den — seiner Auffassung nach wenigen — Fällen, wo es von einer nationalen Betrachtungsweise „Möglichkeiten zu gegensätzlichem Urteil“ gab, „ohne gefühlsmäßige Stellungnahme kühl und objektiv die Tatsachen“ zu referieren: „Es schadet nichts, wenn er (der Schüler; v. E.) unter dem Eindruck solcher Darstellungen zu der Einsicht gelangt, daß es im Kampf der Völker um Macht und Lebensraum Spannungen gibt, denen gegenüber die Frage nach dem Recht der Gegenspieler keinen Sinn mehr hat. Heute freilich lehnt man im Geschichts- und Erdkundeunterricht der Schulen, in Deutschland ebensogut wie in Polen, solche kühlen, objektiven, rein von verstandesmäßigen Überlegungen geleiteten Beurteilungen ab, man empfindet sie als unjugendlich, auf Zersetzung zielend, intellektualistisch: und doch sind sie für uns, die wir, ohne der Rücksicht auf Staat oder Volk Abbruch zu tun, uns nicht unbekümmert entscheiden dürfen, die einzige Betrachtungsform, die wir einigermaßen ehrlich vor den Schülern vertreten können.“

Zwar erwähnte Hilgendorf in seiner Denkschrift die „hohen menschlichen Werte“ und „aufbauenden Ideale“ des Nationalsozialismus,⁶³ legte

⁶¹ Ebenda, Bl. 224 (Anlage 7: Erdkunde).

⁶² III. Jahrbuch (wie Anm. 44), S. 51 f.; das folgende Zitat ebenda, S. 52.

⁶³ Denkschrift (wie Anm. 57), Bl. 217 (Anlage 1: Die deutsche Schule in Polen und der Nationalsozialismus).

andererseits aber den polnischen Behörden kühn den Vorwurf in den Mund, daß „heute, oft unbedacht und kritiklos, Deutschheit mit national-sozialistischer Ideologie gleichgesetzt“ werde.⁶⁴ Er warnte die deutsche Schuljugend vor „gedankenloser Nachahmung von Dingen, die für ganz andere Verhältnisse geschaffen sind“; sie solle sich nicht in Stimmungen und Meinungen hineinreden, -kommandieren und -singen, die sie in eine ablehnende oder gar feindselige Haltung zum polnischen Staat treiben könnten. Nicht ohne kritischen Seitenblick auf deutsche Organisationen diesseits und vielleicht auch jenseits der Grenze resümierte der Direktor: „(...) die feine Linie gilt es zu finden, auf der der Deutsche in Polen sich bewegen muß, um vor Staat und Volk seine Pflicht zu erfüllen; sie ist schwer einzuhalten. Aber die Schule, die wie keine andere Institution diese Doppelaufgabe erfüllen muß, um bestehen zu können, sucht sie sicherlich eindringlicher, gründlicher als manche anderen Stellen, die die öffentliche Meinung zu vertreten und zu leiten vorgeben.“

8. Würdigung

Die Geschichte der Goetheschule in Graudenz bietet trotz der kurzen Lebensdauer und des verhältnismäßig geringen Umfangs⁶⁵ dieser Anstalt eine Fülle interessanter und überraschender Aspekte — von der politischen Geschichte, insbesondere der deutsch-polnischen Beziehungen, über die Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens bis hin zur Architektur- und Kunstgeschichte, die hier nur in knapper Skizze angedeutet werden konnten. Von einem zunächst durchaus marginalen „point of view“ aus öffnet sich ein Panorama, das aufschlußreiche Ansichten von der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlaubt. Bildungshistoriker dürfte erstaunen, in welchem Grade reformpädagogische Gedankengänge an einem Ort rezipiert und umgesetzt worden sind, wo man gemeinhin nur konservative, am Ziel der nationalen Identitätsbewahrung orientierte Erziehungsvorstellungen erwarten würde. Die Goetheschule bereichert also das Thema „reformpädagogische Versuchsschulen“ um eine bislang wohl kaum wahrgenommene Variante.⁶⁶ Aber auch den spezifischen Pro-

⁶⁴ III. Jahrbuch (wie Anm. 44), S. 53; das folgende Zitat ebenda, S. 54.

⁶⁵ Die Schule zählte 1938/39 erstmals mehr als 500 Schüler; davon gehörten 270 der Volksschule, 188 dem Gymnasium (Klassen 7–10) und 48 dem Lyzeum (Oberstufe) an.

⁶⁶ Vgl.: Die Schulen der Reformpädagogik heute. Handbuch reformpädagogischer Schulideen und Schulwirklichkeit, hrsg. v. Hermann Röhrs. Düsseldorf 1986. — Von weiterführendem Interesse ist die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden

blemen einer „nationalen Minderheitsschule“ sind in ihrem Umkreis tief-schürfende und zukunftssträchtige Gedanken gewidmet worden. Dabei ist nicht verschwiegen worden, wo die bildungspolitische Priorität lag: „Der Aufgabe, sich nicht zu verlieren, trat die andere, sich nicht zu verschließen, gleichberechtigt, wenn auch nicht mit gleicher Dringlichkeit, an die Seite.“⁶⁷ Doch sind gerade die auf den doppelten Bildungsauftrag der Minderheitsschule gerichteten Überlegungen, die über den Bedürfnissen der eigenen Nationalität nicht die berechtigten Ansprüche des andersnationalen Umfelds vergessen, von beträchtlicher Aktualität sowohl im Hinblick auf das grundsätzliche Problem einer „interkulturellen Erziehung“⁶⁸ als auch angesichts der neuen Möglichkeiten deutschsprachigen Unterrichts (im weitesten Sinne), die sich infolge der historischen Veränderungen der vergangenen Jahre in Polen auftun.

Ihrer Eingebundenheit in die Zeit hat auch die Goetheschule nicht entrinnen können. Ihr war nur zu bewußt, daß sie ihre ganze Existenz einer bestimmten geschichtlichen Situation verdankte. Der deutsch-polnische Konflikt war durch pädagogische Bemühungen nicht zu überwinden; die Schule ist vielmehr letztlich dessen Opfer geworden, wobei allerdings die besondere Verantwortung der nationalsozialistischen Expansions- und Kriegspolitik nicht übersehen werden sollte. Nur bei Fortbestand und allmählicher Akzeptanz des territorialen status quo — aber auch bei einer dementsprechend großzügigeren polnischen Minderheitenpolitik — hätte ihr pädagogisches Programm Chancen gehabt, Wurzeln zu schlagen und eine dauerhafte Verständigung zwischen Polen und Deutschland von der Seite des Erziehungs- und Bildungswesens her zu fundieren und zu begleiten. Der brutale Einbruch der nationalsozialisti-

von Auslandsschulen (Minderheitsschulen) und reformpädagogischen Exilschulen. Siehe dazu: Hildegard Feidel-Mertz, Schule im Exil — Bewahrung und Bewährung der Reformpädagogik, in: Ebenda, S. 233–239; vgl. dies., Sisyphos im Exil — Die verdrängte Pädagogik 1933–1945, in: Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus — ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft, hrsg. v. Wolfgang Keim. Frankfurt/Main 1988, S. 161–178. Weder dem Zugriff des deutschen noch des polnischen Staates ganz ausgeliefert, bewahrte die Goetheschule in den Jahren 1933–1939 noch einen Spielraum für reformpädagogische Praxis; zugleich war sie aber infolge ihrer engen Bindung an das Mutterland außerstande, in offenen Widerspruch zu dem im Deutschen Reich herrschenden Regime zu treten.

⁶⁷ Hans Hilgendorf, Festrede, in: Goetheschule Graudenz. Erinnerungstreffen Hannover 1953. Marburg/Lahn 1953, S. 3–20, hier S. 12; identisch ders., Schola militans. Die Goetheschule in Graudenz, in: Westpreußen-Jahrbuch (1954), S. 27–33, hier S. 32; ders., Der Goetheschule zum Gedächtnis, in: Ostdeutsche Monatshefte 24 (1957), H. 1, S. 17–23, hier S. 23.

⁶⁸ Vgl. jetzt Georg Auernheimer, Einführung in die interkulturelle Erziehung. Darmstadt 1990.

schen Politik, auch Bildungspolitik, in die Konstellation der Zwischenkriegszeit hat vieles, was an der Goetheschule vor dem 1.9.1939 gesagt und getan worden war, als zweckdienlichen Opportunismus und bloße Heuchelei erscheinen lassen.⁶⁹ Die Kriegsjahre lehren aber auch, daß die Lösung der schwierigen Probleme einer „nationalen Minderheitsschule“ nicht in der Flucht aus den Widersprüchen und der extremen Übersteigerung nach einer Seite hin liegt, sondern nur in der ausgewogenen Berücksichtigung der verschiedenartigen — eigen-, anders- und übernationalen — Ansprüche und Erfordernisse und der damit verbundenen Bändigung und Mäßigung des nationalen Prinzips überhaupt gesucht werden kann.

⁶⁹ Die Problematik soll nicht verschwiegen werden; sie wird in meiner Dissertation, die die Jahre 1939–1945 einschließt, breiter behandelt. Ein deutsch-polnisches Verhältnis hat es — wenn auch unter furchtbarer Umkehrung der Machtverhältnisse — auch während des Krieges gegeben. Sowohl Minderheitsschule als auch Versuchsschule ist aber die Goetheschule nach dem 1.9.1939 gewiß nicht mehr gewesen.